

Der Dispositivcharakter von Entwicklung

»Earlier, science had linked itself with enlightenment and millennial claims, before going on to associate itself with racism, sexism, imperialism and colonialism, and then settling down with development, an idea in which most of these earlier inheritances are encoded.«
(Claude Alvares)

Wenn ich zuvor von Entwicklung und Sicherheit als Dispositiven gesprochen habe, setzt das ein weites Spektrum an Annahmen voraus. Der folgende Abschnitt ist der Klärung dieser Annahmen gewidmet und stellt sich darüberhinaus das ambitionierte Ziel, diese Annahmen in einer für ein empirisches Forschungsprojekt handhabbaren Form operationalisierbar zu machen.

In einem ersten Schritt will ich zunächst den gewählten Ansatz in einem breiteren Kontext verorten, den ich – trotz dem Bewusstsein, damit überaus verschiedene und vielfältige Ansätze zusammenzufassen – mit »*Entwicklungskritik*« umschreibe. Diese Zusammenfassung rechtfertigt sich aus dem all diesen Zugängen gemeinsamen Zugang, nicht auf eine Verbesserung des Projekts »Entwicklung« hin getrimmte Forschung zu betreiben, sondern »Entwicklung« als sozioökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Prozess kritisch und radikal in Frage zu stellen.

Danach will ich den für den theoretischen und methodischen Zugang der Arbeit zentralen Begriff des »Dispositiv« herausarbeiten und charakterisieren. Wesentliche Orientierung hierbei bilden die Arbeiten von Michel Foucault, dessen Machtanalyse die Basis des Dispositivkonzeptes bilden. Wesentlicher Punkt ist darin auch die methodisch relevante Abgrenzung des Verständnisses von Entwicklung als Dispositiv zu den im

entwicklungskritischen Spektrum ebenfalls verbreiteten Interpretationsansätzen von Entwicklung als Ideologie einerseits oder Diskurs andererseits.

Schließlich geht es um den Prozess der Operationalisierung, wobei ich mir das von Åkerström Andersen (2003) vorgeschlagene Modell einer »analytischen Strategie« zueigen mache. Eine solche analytische Strategie stellt sich in bewussten Gegensatz zu Modellen strikter methodischer Operationalisierung, wie sie in verschiedenen Spielarten der empirisch ausgerichteten Diskursanalyse mittlerweile üblich ist. Das Denken und empirische Herangehen in Form einer Strategie soll, gerade angesichts der mannigfaltigen und heterogenen Momente, die ein Dispositiv auszeichnen, eine analytische Flexibilität gewährleisten, die diesen relativ starr konzipierten Ansätzen zumeist abgeht. Nur dadurch wird es möglich, sich der komplexen Figur eines Dispositivs in einem Forschungsprozess zu nähern.

Entwicklungskritik

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsbegriff und insbesondere dem Komplex Entwicklungspolitik – Entwicklungshilfe – Entwicklungszusammenarbeit ist keineswegs neu. Dennoch wurde eine solche Kritik bis Mitte der 1980er Jahre vor allem im konstruktiven Sinne formuliert, also mit Blick auf Verbesserungen der entwicklungspolitischen Praxis. Angesichts einer relativ starken Repräsentanz der politischen Linken in der Entwicklungspolitik, insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, war zu dieser Zeit nicht nur der Solidariätsgedanke, sondern auch der Glaube an die positive soziale Kraft von Modernisierung (sei es gesellschaftlich, sei es technisch) dominant. Es stellte sich in Hinblick auf die Entwicklungspolitik und die bis dahin schon drei Jahrzehnte währende Geschichte ihres konkreten Scheiterns also nicht die Frage nach einem »Ob«. Gefragt wurde ausschließlich nach einem »Wie«, das sich im Sinne eines »besser Machens« entlang der zwei hauptsächlichen Aufforderungen ausdifferenzieren ließ, mehr konkrete Entwicklungshilfe zu leisten und sie genauer an die Erfordernisse, also an die in den Zielregionen identifizierten Bedürfnisse anzupassen: dem *Alternative Development* (vgl. Nederveen Pieterse 1998).

In diesem Strom der Kritik kommt es in der Mitte der »verlorenen Dekade« zu einem Bruch. Erstmals wird der bislang geltende Rahmen, entwicklungspolitische Praxis mit dem Ziel ihrer Verbesserung zu kritisieren, durchbrochen. Plötzlich wird Entwicklungspolitik als gesamtes Projekt in Frage gestellt. Die sich in diesem Zusammenhang herauskris-

tallisierende Strömung des *Post-Development*¹ wird von Intellektuellen und ehemals professionellen Entwicklungshelfer/innen erarbeitet, die vorwiegend aus dem lateinamerikanischen und dem südasiatischen Kontext stammen.²

Dieser Entstehungsprozess ist nur zum Teil aus den konkreten entwicklungspolitischen Misserfolgen erklärbar. Die zeitgleich wachsende Rezeption postkolonialer Ansätze spielt in diesem Zusammenhang, speziell im südasiatischen Raum, wahrscheinlich eine ebenso wichtige Rolle wie das allmählich sichtbar werdende konkrete Scheitern von revolutionären Projekten in Lateinamerika, und zwar, wie im Fall der Sandinistas, gerade *nach* ihrem vermeintlichen Sieg. Diese Bedingungen ebnen den Weg für eine angepasste Rezeption von Zivilisationskritikern wie Ivan Illich³, aus der heraus eine Fundamentalkritik des Entwicklungsprojektes möglich wird.

Erste Schlüsselbeiträge, etwa von Gustavo Esteva oder Arturo Escobar, erscheinen in der zweiten Hälfte der 1980er in einem der führenden Journals für kritische und politisch orientierte Wissenschaft, *Alternatives*. Ende der 1980er entsteht, interessanterweise in den USA, die Idee zu einem Sammelband, der unter dem Titel »*The Development Dictionary*« (Sachs 1992) alle zu diesem Zeitpunkt wesentlichen Autor/innen der Strömung versammeln wird.

Darin finden sich auch, in der Einleitung von Wolfgang Sachs griffig zusammengefasst, die Grundannahmen des Post-Development. Zunächst wird in einem stark von Michel Foucault und Edward Said (vgl. Escobar 1995: 6) geprägten Gedankenschritt davon ausgegangen, dass Entwick-

- 1 Angesichts der verschiedenen und zum Teil sehr heterogenen Sichtweisen, die Post-Development umfasst, wäre es unrichtig, von einem einheitlichen Ansatz oder einer Theorieschule zu sprechen.
- 2 Trotz dieser Dominanz von Lateinamerika und Südasiens ist die gängige Grundannahme (und auch das bestimmende Selbstbild), dass Post-Development vor allem von Theoretiker/innen aus dem Süden getragen werde, falsch. Erstens muss bedacht werden, dass eine beachtliche Zahl von Beiträgen aus den welt-systemischen Zentren stammt, während es beispielsweise aus Afrika und weiten Teilen Asiens überhaupt keine Beiträge gibt. Zweitens haben die meisten namhaften Post-Development-Denker/innen des Südens die westlichen Bildungs- und Entwicklungseinrichtungen durchlaufen.
- 3 Ivan Illich, 1926 in Wien geboren, machte sich in den 1960ern vor allem als Befreiungstheologe einen Namen. So veröffentlichte er unter anderem gemeinsam mit Paulo Freire und gründete (schon 1960) das *Centro Inter-cultural de Documentación* in Cuernavaca/Mexiko. 1969 brach er schließlich nach harten Auseinandersetzungen mit dem Vatikan und betätigte sich primär als zivilisationskritischer Philosoph. Dabei zog er Entwicklungspolitik schon bald in seine Grundsatzkritik mit ein (vgl. Illich 2005 [Original von 1971]).

lung und Unterentwicklung nicht gegebene Grundkonstanten des kapitalistischen Weltsystems (sei es positiv oder negativ konnotiert) sind, sondern erfundene diskursive Kategorien. Zugeschrieben wird diese Erfindung der Truman-Administration. Harry S. Truman habe in seiner Inaugurationsrede am 20. Januar 1949 erstmals von den »*underdeveloped areas*« der südlichen Hemisphäre gesprochen (Sachs 1992: 2; Escobar 1995: 3f.).⁴

Mit dieser Rede habe Truman Annahmen getroffen, die fundamental in Zweifel zu ziehen seien und zudem verheerende Folgen gehabt hätten: (1) die USA wären an der Spitze einer gesellschaftlichen Evolutionsskala eingeordnet worden, die vom Grad der Industrialisierung bestimmt sei; (2) Truman wäre es bei seiner entwicklungspolitischen Initiative darum gegangen, die Spitzenposition der USA zu verteidigen und den wachsenden Einfluss der Sowjetunion zurückzudrängen; (3) die darauf einsetzende Entwicklung habe die Welt zwar verändert, aber keinesfalls so, wie es propagiert worden wäre. Dies habe nun (4) zur Folge, dass »*suspicion grows that development was a misconceived enterprise from the beginning*« (Sachs 1992: 3).

Während die Punkte 1-3 heute selbst von USAID in der einen oder anderen Form bestätigt werden würden, markiert Punkt 4 doch einen einschneidenden Bruch, der nicht so einfach aus Interessenslagen oder den Konsequenzen bisheriger Misserfolge hergeleitet werden kann. Die Ursachen dürften eher durch die neuen Möglichkeiten im philosophischen Instrumentarium seit den 1970er Jahren⁵ und nicht nur durch Fehlschläge, sondern auch durch sichtbar werdende konkrete Widerstandsprozesse zu erklären sein. Wenngleich die meisten der tragenden

4 Diese Analyse ist nur teilweise gerechtfertigt. Erstes explizit entwicklungspolitisches Programm der USA war der Marshall-Plan, der im Juli 1947 beschlossen wurde. Die dazu geführte politische Debatte – gerade in der Auseinandersetzung mit dem konkurrierenden Morgenthau-Plan – zeigt schon deutlich jenes Denken (»Rückentwicklung zum Agrarland« vs. »Entwicklung« als Re-Industrialisierung), das Truman dann auf eine globale Ebene heben sollte. Auch die historische Kontinuität, die das europäische Entwicklungsdenken mit der Kolonialperiode verbindet, ist in einer solchen Argumentation unterbewertet.

5 Vor allem sind hier die schon erwähnten Michel Foucault und Edward Said gemeint, die stark rezipiert wurden, und ohne deren Arbeiten die Verbindung des Post-Development mit den Ideen von Ivan Illich wahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre. Insgesamt sind aber die zunehmende Popularität postmodernen und postkolonialen Denkens und die damit einhergehende Herausforderung an den Marxismus in der politischen Linken, der die meisten der Post-Development-Autor/innen, wenn auch in verschiedener Form, zu dieser Zeit zuzurechnen waren, ein nicht zu vernachlässigender Faktor.

Personen diese Erfahrungen teilen, werden ihre daraus folgenden wissenschaftlichen und politischen Konsequenzen allerdings unterschiedliche sein.

Das »*Development Dictionary*« bleibt denn auch das einzige wirklich gemeinsame Projekt der Strömung, ein späterer, 1997 erscheinender sehr erfolgreicher Sammelband mit dem Titel »*The Post-Development Reader*« (Rahnema/Bawtree 2005) beruht nahezu ausschließlich auf der kompakten Re-Publikation von vorhandenem Material. Unterdessen hat eine weitgehende Ausdifferenzierung unter den Protagonist/innen eingesetzt, die sich an analytischen Aussagen wie auch an der Umgangsweise damit, also an der daraus folgenden Praxis, festmachen lässt.

Gustavo Esteva etwa konzentriert sich, offenkundig in Auseinandersetzung mit dem Bielefelder Ansatz⁶, auf die Entwicklung einer politischen Praxis im Sinne der Subsistenzperspektive (vgl. dazu etwa Esteva 1992b oder Esteva/Prakash 1998). Durch seine mitunter ungenaue Rezeption von theoretisch-philosophischen Bezugspunkten und die unkritische Verklärung von kleinen Ausschnitten mittelamerikanischer Lebensrealität, die er zu den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen im Süden verallgemeinert, hat er zum Teil vehemente Kritik auf sich gezogen (vgl. etwa Kiely 1999; Storey 2000).⁷

Angesichts der Tatsache, dass Esteva mit seinen Verallgemeinerungen einen Prozess wiederholt, den er anderen, speziell denjenigen, die aus ihrer entwicklungspolitischen Praxis heraus ein tendenziell einheitliches Bedürfnis nach »Entwicklung« in den »unterentwickelten« Regionen unterstellen, vorhält, ist diese Kritik sicherlich berechtigt. Andererseits wird sie oftmals dazu benutzt, Entwicklungskritik an sich pauschal anzugreifen und Grundannahmen der Moderne, die von ihr in Zweifel gezogen werden, zu rehabilitieren. Demgegenüber sollte ein wesentlicher Einwurf von Arturo Escobar bedacht werden:

»The process of gauging experiences such as these from Western perspectives is not easy. Two extremes must be avoided: to embrace them uncritically as alternatives; or to dismiss them as romantic expositions by activists or intellec-

6 Einen guten Einblick in das Denken dieses Ansatzes, der vor allem von Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen geprägt wurde (und damit seiner Herkunft nach in den feministischen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland der 1980er festgemacht werden kann), bietet Maria Mies (2003).

7 Diese Kritik bezieht sich zumeist auch auf andere bekannte Entwicklungskritiker/innen wie den Iraner Majid Rahnema oder die indische Ökofeministin Vandana Shiva, die mit Esteva die Wortgewalt der Kritik und die Suche nach alternativen Lebensprojekten teilen. Speziell Shiva gleitet dabei merklich in Esoterik ab.

tuals who see in the realities they observe only what they want to see, refusing to acknowledge the crude realities of the world, such as capitalist hegemony and the like. Academics in the West and elsewhere are too apt to fall into the second trap, and progressive activists are more likely to fall into the former. Instead of true or false representations of reality, these accounts of cultural difference should be taken as instances of discourse and counterdiscourse. They reflect struggles centred on the politics of difference, which often [...] include an explicit critique of development« (Escobar 1995: 170).

Escobar selbst hat sich den Versuchungen der Suche nach derartigen umfassenden Alternativen weitgehend enthalten. Ihn beschäftigt mehr die Anti-Globalisierungs-Bewegung, in der er einen epistemologischen Bruch hin zu einer »plural landscape of knowledge forms« zu erkennen meint. Er sieht in dieser Bewegung das Potenzial, moderne Denkraster, die auf gegenwärtige Probleme keine Lösung bereithalten würden, aufzubrechen (Escobar 2004: 212).⁸

Neben der um das »*Development Dictionary*« versammelten Gruppe von Autor/innen entstanden noch weitere entwicklungskritische Ansätze, die unter dem Begriff Post-Development subsumiert werden können. Fünf Jahre bevor die Erstausgabe des entwicklungskritischen Wörterbuches erscheint, dissertiert in Harvard der junge Anthropologe James Ferguson mit seiner im Titel etwas sperrig klingenden These »*Discourse, Knowledge, and Structural Production in the »Development« Industry: An Anthropological Study of a Rural Development Project in Lesotho*«. Es sollte eine der erfolgreichsten Dissertationen der Sozialanthropologie werden. Das Buch zur »*Anti-Politics Machine*« der internationalen Entwicklungshilfe in Lesotho (Ferguson 1994 [Dissertation in 1985]) ist mittlerweile in der siebenten Auflage erschienen.

Auch Ferguson versteht Entwicklung primär als Diskurs und sieht strukturelle Ähnlichkeiten zum Zivilisationsbegriff in der Spätphase des Kolonialismus. Davon ausgehend unternimmt er eine eingehende und detaillierte Fallstudie, die ihn in Bezug auf Entwicklungspolitik zu überaus skeptischen Schlussfolgerungen kommen lässt (ebd.: 280).⁹ Es ist überraschend wie rätselhaft, dass Ferguson keinen Eingang ins »*Development Dictionary*« gefunden hat – nicht einmal als Literaturverweis.

Etwas zeitversetzt entsteht auch an englischen Universitäten ein Zweig der Post-Development-Strömung, vor allem an den Universitäten

8 Er bezieht sich dabei insbesondere auf Arbeiten von Boaventura de Sousa Santos und Arjun Appadurai.

9 Er bezieht seine Kritik hauptsächlich auf die Frage nach der Position des Akteurs und findet sich damit in einem Naheverhältnis zur Kritik kolonial geprägter Repräsentationsmuster von Gayatri Spivak (1988).

von Manchester, wesentlich getragen von Uma Kothari (vgl. Kothari/Minogue 2002), und Lancaster. Dort sind mit dem ehemaligen Ox-fam-Mitarbeiter Mark Duffield, der spätestens seit seinem »*Global Governance and the New Wars*« (Duffield 2001) als einer der prononciertesten Entwicklungskritiker gilt, und Michael Dillon, dessen Arbeit hauptsächlich versucht, die Ansätze Michel Foucaults für die Disziplin der Internationalen Beziehungen nutzbar zu machen, zwei zentrale Exponenten dieser Strömung tätig, die im Laufe dieser Arbeit noch prominent zu Wort kommen werden.¹⁰

Bei den in Lancaster vertretenen Ansätzen finden sich Parallelen zu den Arbeiten von Arturo Escobar, wenngleich sich auch die Fragestellungen grundsätzlich unterscheiden. Während sich Escobar vor allem auf Entwicklung als Gesamtprojekt konzentriert und Gegenbewegungen auslötet, konzentrieren sich Duffield, Dillon und Kolleg/innen vom Bereich der Internationalen Beziehungen kommend auf den Überschneidungsbereich von Entwicklungspolitik und dem Sicherheitskomplex. Alternativen haben sie, zumindest derzeit, keine anzubieten, und sie enthalten sich in ihren Arbeiten auch der Suche danach. Ihre Intention liegt mehr in der allgemeinen Einordnung der aktuellen Entwicklungen in historische Konfigurationen (im Mittelpunkt steht dabei der Begriff der »*global liberal governance*«).

Selbst angesichts der inhaltlichen, räumlichen und auch zeitlichen Distanz zwischen den verschiedenen Akteuren ist es immer noch erstaunlich, wie wenig Austausch es unter ihnen tatsächlich gibt. Wechselseitige Rezeption zwischen den verschiedenen Ansätzen der Strömung ist selten, in weiten Teilen der Publikationen sogar faktisch inexistent. Arturo Escobar ist hier die einzige relevante Ausnahme. Sein »*Encountering Development*« (1995) findet sich als Standardliteratur in den meisten Beiträgen zum Thema.

Aram Ziai (2004) ordnet in einer vergleichenden Analyse prominenter Autor/innen die Entwicklung von zwei Tendenzen des Post-Development, die er als »neo-populistische« und »skeptizistische« Entwicklungskritik bezeichnet.¹¹ Diese Trennlinie ist aufgrund der zahlreichen

10 Mark Duffield hat mittlerweile an die *University of Bristol* gewechselt, wo er eine Professur für *Development Politics* innehat.

11 Er rechnet dabei Majid Rahnema und Gustavo Esteva den »Neo-Populisten« zu, Arturo Escobar und James Ferguson den »Skeptizisten«. Einen der entscheidenden Unterschiede zwischen den beiden Tendenzen macht er an der Genauigkeit ihrer Foucault-Rezeption fest. Die »Neo-Populisten« würden sich dabei Foucaults Arbeiten gegenüber ähnlich verhalten wie Marxisten-Leninisten gegenüber dem Werk von Marx (vgl. Ziai 2003a: 411). Diesen Vergleich halte ich allerdings angesichts der Tatsa-

Grautöne, die sie überspielt, zu scharf gezogen. Wenngleich sich vielleicht Gustavo Esteva¹² oder Vandana Shiva¹³ angesichts ihres politischen Engagements, das sich generell in Richtung einfach gestrickter Lösungsvorschläge für komplexe Problemlagen bewegt, in die Kategorie »Neo-Populisten« einordnen lassen, und James Ferguson auf der anderen Seite in der Tat keine alternativen Ideen anbietet, sondern sich auf »Skeptizismus« konzentriert, ist die Lage bei nahezu allen Protagonist/innen zwischen diesen beiden Polen weniger eindeutig. So fällt weder der von Ziai ins Lager der »Neo-Populisten« geschobene Majid Rahnama durch besondere politische Ambitionen auf, noch der »Skeptizist« Arturo Escobar durch entsprechende Enthaltensamkeit.

Wodurch sich die Protagonist/innen unterscheiden, ist der Grad ihres gesellschaftlichen Aktivismus, der sich auf der Bereitschaft gründet, aus Analysen eindeutige praktische Konsequenzen zu ziehen. Was sich in diesem Zusammenhang meines Erachtens feststellen lässt (und hier spiegelt sich Ziais These sehr wohl wider), ist eine signifikante Reziprozität zwischen einer Bereitschaft zum Anbieten gesellschaftlicher Alternativen und der Qualität und Tiefe der wissenschaftlichen Beiträge.

Das ändert allerdings nichts daran, dass etwa das Werk Gustavo Estevas für die Entstehung einer entwicklungskritischen Forschungsperspektive von nicht zu unterschätzender Relevanz ist. Gerade die Ablehnung seiner wesentlichen Schlussfolgerungen bei gleichzeitiger Konfrontation mit seinen in ihren wesentlichen Aussagen stimmigen Kritiken an »Entwicklung« ermöglichen es, zu einem Ansatzpunkt zu gelangen, der diese grundsätzlichen Sichtweisen mit einer induktiven Herangehensweise zu kombinieren sucht. »Entwicklung« ist, und das ist die Grundthese dieser Arbeit, als Diskurs wie als Dispositiv, letztlich nur aus ihren konkreten Wirkungen heraus zu verstehen.

che, dass es nie die Absicht von Foucault war, ein »Werk« zu hinterlassen und er die Verwendung seiner Thesen explizit freistellt, für unangebracht.

- 12 Esteva ist mittlerweile Berater der zapatistischen Bewegung in Mexiko, die sich von ihrem Beginn an durch einen speziell auf die europäische Solidaritätsbewegung anziehend wirkenden Populismus ausgezeichnet hat.
- 13 Shiva versteht sich selbst als Aktivistin, westliche Wissenschaft lehnt sie – mittlerweile (sie hat eine klassische wissenschaftliche Karriere durchlaufen) – ab.

Entwicklung als Ausdruck gouvernementaler Rationalität

Die Idee, Entwicklung sollte weder als intendierte Strategie noch als simpler Pragmatismus konzeptualisiert werden, habe ich eingangs im Vorschlag zum Ausdruck gebracht, Entwicklung, ebenso wie Sicherheit, als Dispositiv zu definieren. Eine solche Definition beinhaltet in erster Linie eine zentrale Aussage: Entwicklung und Sicherheit erfüllen eine bestimmte strategische Funktion in einer gegebenen Machtkonstellation – allerdings im Sinne einer Strategie, die sich vollzieht und herausbildet, eben nicht geplant oder auch nur planbar. Damit will ich nicht sagen, dass es keine politischen Strategien gibt, die in den Feldern der Entwicklung oder der Sicherheit intentional geplant und umgesetzt werden. Allerdings meine ich sehr wohl, dass wir die Wirkungen der Dispositive nie verstehen können, wenn wir auf dieser Ebene stehen bleiben. Denn »was gemacht wird, erklärt sich durch das, was in jedem Moment der Geschichte das Machen war. Fälschlicherweise stellen wir uns vor, dass das Machen, die Praktik, sich vom Gemachten aus erklärt« (Veyne 1992: 37).

Im Folgenden möchte ich zunächst versuchen, vor dem Hintergrund einer Annäherung an den Diskurs-Begriff das Konzept des Dispositivs zu klären. Erst dadurch wird es meiner Meinung nach möglich, sich Gedanken über seine konkrete Ausgestaltung zu machen, was bedeutet, sich die Frage nach den Rationalitäten zu stellen, in denen und durch die ein Dispositiv seine Wirkungen entfalten kann. Ich werde dazu Foucaults Idee aufgreifen, diesen Prozess als dominant gouvernementale Rationalität zu interpretieren, die auf internationaler Ebene wirkt.

Neben der Eigenschaft, auf besondere und meines Erachtens gut nachvollziehbare Weise Prozesse beschreibbar zu machen, hat das Konzept einen wesentlichen Vorteil: durch die Ausrichtung auf das Machen und die dieses Machen bestimmende Rationalität ermöglicht es feine Vergleichbarkeiten, die durch die reine Konzentration auf die Interventionspraxis und ihre Wirkungen nicht möglich wären. So können Unterscheidungen getroffen werden, die bei einem auf eine allgemeinere Ebene fokussierten Blick vermutlich verborgen bleiben würden: Einerseits in Hinblick auf die Akteure – im gegebenen Fall die USA und Deutschland als in der Ausgangsthese einander gegenübergestellte Geber – andererseits aber auch in der Frage nach einer genauen historischen Einordnung jenes Problems, das der Ausgangspunkt der Untersuchung ist: die Verbindung der Dispositive von Entwicklung und Sicherheit.

Was meint nun jener an Foucault orientierte Dispositiv-Begriff? In Bezug auf »Sicherheit« lässt sich zunächst feststellen, dass sich ein so verstandenes Sicherheitsdispositiv substanziell von jenem Verständnis unterscheidet, das in der klassischen sicherheitspolitischen Analyse beheimatet ist. Diese sicherheitspolitische Definition im engen Sinne umfasst mehr oder minder ein Regime konkreter Maßnahmen in einem spezifischen Setting mit der Zielsetzung einer in diesem Kontext definierten Sicherheit, ist also primär auf der sicherheitspolitischen Umsetzungsebene angesiedelt. Ein an der Foucaultschen Dispositiv-Definition orientierter Begriff hingegen kann schon deswegen keine praktisch orientierte sicherheitspolitische Funktionalität entfalten, weil er sich der Logik des gesamten Gegenstandes verschließt. Er erkennt das oberste Ziel jeder sicherheitspolitischen Problemstellung, die Herstellung ebenjener Sicherheit, schlichtweg nicht an.

Freilich stellt er ebenso wenig wie der traditionelle Sicherheitsbegriff die Frage nach der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Konzeptes an sich. Doch während der traditionelle Zugang diese Frage vermeidet, um die Unanfechtbarkeit der begriffsbegründeten Logik zu garantieren, anerkennt die Untersuchung eines Dispositivs im Foucaultschen Sinne, dass eine Frage nach Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines Konzeptes immer kontextgebunden ist, abhängig von einem spezifischen gesellschaftlichen Wahrheitsregime, auf dem es fußt und zu dem es beiträgt. Oder wie es Michael Dillon ausdrückt: »In general, then, security is a regime of truth expressed as a discourse of danger through which government takes place in the name of fears that are nonetheless functional to the re-production of the political order« (Dillon 2004: 88).

Es geht also nicht um Bewertung, sondern um Darstellung, um die Klärung der Anordnung der verschiedenen heterogenen Elemente, die den Diskurs konstituieren, oder in einer Formulierung von Gilles Deleuze, um die Beschreibung einer Vielheit, in der »im Werden befindliche Prozesse wirken, die sich von denen unterscheiden, die in einem anderen Dispositiv wirken« (Deleuze 1991: 157).

Ein solcher Dispositiv-Begriff benötigt zu seiner genaueren Charakterisierung Abgrenzungen von zwei verwandten Konzepten: dem des Diskurses und dem der Ideologie. Es empfiehlt sich, diese Abgrenzungen anhand des Entwicklungsbegriffes zu diskutieren, da für ihn sowohl die Anwendung von Diskursanalyse wie auch Ideologiekritik bereits von einigen Arbeiten der bereits erwähnten Post-Development-Ansätze vorgeschlagen wurde.

Demnach scheint es vielversprechend, Entwicklung als Diskurs zu begreifen. Arturo Escobar ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er meint: »Thinking of development in terms of discourse makes it possible

to maintain the focus on domination [...] and at the same time to explore more fruitfully the conditions of possibility and the most pervasive effects of development« (Escobar 1995: 5f.). Dennoch besteht die Gefahr, bei einer methodischen Fokussierung auf den Diskurs in eine zu weit gehende Abstraktion abzugleiten, die die konkreten Verästelungen und die faktischen Auswirkungen vernachlässigt. Natürlich ist es möglich, den Diskursbegriff so zu definieren, dass er nicht nur Geschriebenes und Gesprochenes, sondern auch Getanes mit einschließt. Trotzdem verführt ein solches Herangehen besonders in empirisch relevanten Bereichen wie der Entwicklungs- und der Sicherheitspolitik dazu, die Implikationen konkreter Interventionen in den Hintergrund rücken zu lassen.

Da das Konzept des Dispositivs ohnehin die Analyse der für den Dispositiv bestimmenden diskursiven Formation umfasst, sie allerdings nicht nur in jenes »Netz« einbettet, das auch nichtdiskursive Praktiken enthält (die natürlich ohne die Analyse des mit ihnen verknüpften Diskurses nicht interpretierbar wären), sondern auch genau nach der Natur ebendieses »Netzes« und der Anordnung seiner verschiedenen Bestandteile fragt, bietet es einen gewissen methodischen Schutz gegen Einseitigkeiten und Simplifizierungen. Auch ist es durch seine Verortung auf der Ebene der Strategie für die Analyse von Problemstellungen aus dem Bereich der internationalen Politik besonders gut geeignet. So versteht Foucault Dispositiv als »eine Art [...] Gebilde, das zu einem historisch gegebenen Zeitpunkt vor allem die Funktion hat, einer dringenden Anforderung nachzukommen. Das Dispositiv hat also eine dominante strategische Funktion« (Foucault 2003b: 392f.).

Auf der anderen Seite ist das Dispositiv wiederum von der Ideologie abzugrenzen, wenngleich es bei einer solchen Abgrenzung nicht um Ab-solutheit gehen kann. Ohne Zweifel muss ein Dispositiv ideologische Elemente enthalten, sonst könnte es sich nicht als Dispositiv konstituieren. Allerdings liegen Dispositiv und Ideologie auf unterschiedlichen Ebenen. So will ich den Vorschlag, Entwicklung und Sicherheit als Dispositive zu konzeptualisieren, in bewusster Abgrenzung zu Ansätzen aus der kritischen Entwicklungsforschung, die mit einer ideologiekritischen Methodik operieren (vgl. Ziai 2004a, 2004b), verstanden wissen. Zwar versprechen diese Ansätze ohne Zweifel spannende Ergebnisse, nachdem Dispositive wie gesagt notwendiger Weise ideologische Elemente beinhalten. Jedoch ist die Gefahr des Abgleitens in eine die empirischen Realitäten vernachlässigende Abstraktion, die mehr verschleiert als erhellt, vielleicht noch größer als bei der reinen Fokussierung auf das Diskurskonzept. Entwicklung aber als gesamtes Projekt über den Ideologiebegriff zu interpretieren (vgl. Ziai 2004a), scheint mir in jedem Fall verfehlt.

Dies hat vor allem mit dem engen Wechselverhältnis zu tun, in dem Projekte wie Entwicklung und Sicherheit mit dem gesellschaftlichen Prozess der Macht stehen, beziehungsweise mit den spezifischen Funktionen, die sie darin einnehmen. Dazu ist zunächst eine Diskussion des Machtbegriffes notwendig, die umso wichtiger erscheint, als sich sein Inhalt in dem Sinne, wie ich ihn verstehen will, von seiner kolloquialen Bedeutung erheblich unterscheidet.

»Die Macht ist nicht etwas, was man erwirbt, wegnimmt, teilt, was man bewahrt oder verliert; die Macht ist etwas, was sich von unzähligen Punkten aus und im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen vollzieht«, meint Michel Foucault (1999a: 115). An anderer Stelle in »*Der Wille zum Wissen*« schreibt Foucault von der Macht als dem Namen, »den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt« (ebd.: 114). Es liegt auf der Hand, dass eine solche Machtkonzeption vehemente Kritik auf sich gezogen hat, was, wenn wir Didier Eribon glauben wollen, durchaus beabsichtigt war: »Im Gefolge von Überwachen und Strafen will Foucault damit die Machttheorien marxistischer Prägung schleifen, die zu dem Zeitpunkt, als er diese Bücher zu schreiben unternimmt, noch zählebig weiterexistieren und erst ins Schlingern geraten, als sie erscheinen« (Eribon 1999: 389).

Vertreter der Idee einer machtfreien Wahrheit, allen voran Jürgen Habermas, haben Foucault wegen seiner aus diesem Machtbegriff folgenden Konsequenzen – etwa der Unmöglichkeit eines kontextungebundenen Wahrheitsbegriffes – heftig kritisiert. Andere griffen und greifen das Konzept von der Perspektive der Suche nach emanzipativem Widerstand an.¹⁴ Außer von verschiedenen klassisch marxistischen Strömungen wird der Vorwurf, Foucault heble mit diesem Konzept jede normative Grundlage emanzipatorischer oder revolutionärer Bewegungen aus, vorwiegend von den auf die Tradition der kritischen Theorie rekurrierenden Strömungen im Feminismus erhoben.¹⁵

14 Ausgangspunkt der Debatte ist Foucaults Definition des Widerstandes als der Macht inhärentes Phänomen in »*Der Wille zum Wissen*«. »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht« (Foucault 1999a: 116). Foucault hat diese erstmals 1976 veröffentlichte These trotz der vehementen Kritiken niemals verworfen, allerdings präzisiert. Judith Butler interpretiert Foucaults Spätwerk vor dem Hintergrund des Foucaultschen Bedürfnisses, Macht stärker über Widerstandsprozesse verstehbar zu machen. (vgl. Butler 2001: 95).

15 Diese Kritik wurde und wird prononciert vor allem von Nancy Fraser geführt, die Foucault in mehreren Artikeln und Vorträgen seit Anfang der 1980er Jahre (der bekannteste vielleicht »*Foucault: A ›Young Conservative?‹*« von 1985) sinngemäß vorwirft, dass kein emanzipatorischer Wider-

In der Tat verunmöglicht eine derartige Denkweise die Konstruktion eines essentialistisch konzipierten emanzipatorischen (oder gar revolutionären) Subjekts. Es verunmöglicht auch die normative Herstellung potenzieller gesellschaftlicher Alternativen, also im eigentlichen Sinne jedes leninistisch geprägte Revolutionskonzept.¹⁶ Aber mitnichten ver-

stand möglich sei, wenn es kein Außerhalb der Macht gebe. Ohne diese wesentliche Debatte hier vertiefen zu wollen (dies wäre ohne eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Frasers Ausgangspunkten nicht möglich), möchte ich festhalten, dass eine solche Kritik auf einer eingeschränkten Lesart von Foucault beruht. Später wird Foucault präzisieren: »Tatsächlich denke ich, dass der Widerstand ein Element dieses strategischen Verhältnisses ist, worin die Macht besteht. Der Widerstand stützt sich stets, in Wirklichkeit, auf die Situation, die er bekämpft« (Foucault 2005c: 917). Im gleichen Interview präzisiert er seinen Macht- und Widerstandsbegriff in definitorischer Hinsicht: »[...] wenn es keinen Widerstand gäbe, gäbe es keine Machtbeziehungen. Weil alles einfach eine Frage des Gehorchens wäre. Von dem Augenblick an, da das Individuum in seiner Situation nicht das tun kann, was es will, muss es Machtbeziehungen gebrauchen.« Hinsichtlich der Perspektiven des Widerstandes meint er: »Wir können uns nicht aus dieser Situation herausversetzen, und wir sind nirgendwo frei von jeder Machtbeziehung. Aber wir können stets die Situation umgestalten. Ich habe also nicht sagen wollen, dass wir stets in der Falle sitzen, sondern im Gegenteil, dass wir stets frei sind. Und dass es schließlich, kurz gesagt, stets die Möglichkeit gibt, die Dinge umzugestalten« (ebd.: 916). Eine weitere speziell an Foucaults Macht- und Widerstandskonzept gerichtete Kritik kommt von Gayatri Spivak, die auf die »institutional responsibility« des Kritikers verweist und Foucault vor diesem Hintergrund eurozentristische Tendenzen vorwirft (Spivak 1988: 280). Foucault hätte sich demnach, gerade als *französischer* Intellektueller, mit der Frage des Kolonialismus auseinandersetzen *müssen*, vor allem, da er andere Formen der Macht und des Widerstandes prominent thematisiert. Die sich daran entspinnende Debatte will ich hier ebenfalls nicht aufgreifen, ich möchte allerdings festhalten, dass dieser Vorhalt mit Foucaults (objektiv) wichtiger Rolle bei der Entstehung der gesamten Postcolonial Studies kontrastiert.

- 16 Explizit dafür wurde er beispielsweise von Edward Said kritisiert. Said (1983: 244ff.) setzt seine Kritik an zwei Vorhaltungen an: »For one [...] Foucault's eagerness not to fall into the Marxist economism causes him to obliterate the role of classes, the role of economies, the role of insurgency and rebellion in the societies he discusses.« Der zweite, »more important criticism« richtet sich gegen die aus dem Foucaultschen Konzept folgende Unmöglichkeit, Widerstand auf ein produktives Ziel zu richten, da jede Utopie selbst Produkt bestehender Machtverhältnisse sein müsse. »In human history there is always something beyond the reach of dominating systems, no matter how deeply they saturate society, and this is obviously what makes change possible, limits power in Foucault's sense, and hobbles the theory of that power.« Den ersten der beiden Vorhalte hat Foucault zweifellos durch begriffliche Klärungen seines Macht- und Widerstandsbegriffes entkräftet. Die Auseinandersetzung mit der zweiten Frage

unmöglich es bewussten Widerstand, der auch auf eine Umgestaltung der Verhältnisse zielt. Ein solcher Widerstand müsste allerdings, will er erfolgreich sein, seine Ausrichtung genau bedenken und beständig reflektieren. So sei es gefährlich, Widerstand in einer Form begreifen zu wollen, einem Staat spezifische Interessenslagen oder, allgemein gesprochen, einer Gemeinschaft spezifische Ansprüche entgegenzusetzen. Es ginge vielmehr um die Infragestellung einer vorhandenen Form von Rationalität: »Die Befreiung kann nicht durch einen Angriff auf den einen oder den anderen dieser Effekte erreicht werden, sondern durch einen Angriff auf die eigentlichen Wurzeln der politischen Rationalität« (Foucault 2005a: 198).

Das Erkennen und Beschreiben solcher Rationalitäten ist denn auch die primäre Problemstellung der Diskussion von Foucaults Zugang zu den Fragen von Macht und Widerstand, und dieses Verständnis soll in der Folge als die Grundlage der Interpretation des Entwicklungs- und Sicherheitsdispositivs dienen.¹⁷ Wir müssen daher das Problem des Zusammenhangs dieses Konzepts von Macht mit den bereits angesprochenen Modellen von Diskurs und Dispositiv untersuchen, jedoch ohne Foucault ein monolithisches theoretisches Gebilde zu unterstellen, das jeder dieser Kategorien ihren genau fixierten Platz zuweisen würde. Dies ist nicht der Fall, es würde vermutlich sogar der Foucaultschen Idee solcher Konzepte entgegenstehen, die im Prozess ihrer Anwendung häufig einen rhizomatischen Ausdehnungsprozess erfahren und sich so ohnehin jeder Form der definitorischen Ab- und Eingrenzung erfolgreich widersetzen.

Diesem Zugang entspricht auch die wahrscheinlich kürzeste Definition, die Foucault dem Begriff »Macht« im Zuge seiner Arbeiten gegeben hat. Macht ist demnach ein Begriff, »der viele einzelne, definierbare und definierte Mechanismen abdeckt, die in der Lage scheinen, Verhalten oder Diskurse zu induzieren« (Foucault 1992: 32). Wir erkennen an dieser Definition dreierlei: erstens die erwähnte heterogene Form der Abgrenzungen, die zusammengestückelte Form der Macht aus jenen »viele[n] einzelne[n], definierbare[n] und definierte[n] Mechanismen«,

ist komplexer. Denn einerseits ist Said sicher zuzustimmen, dass es keine totalen Wirkungen von Macht gibt (was auch Foucault so nie behauptet hat), andererseits ist diese Feststellung auch eine Idealisierung realer Prozesse, der ich in dieser Form nicht zustimmen würde.

- 17 Die Konzentration auf Entwicklungs- und Sicherheitsdispositiv ist auch der Grund, warum ich wesentliche Aspekte von Foucaults Machtkonzept, die sich primär mit Körperlichkeit auseinandersetzen (vgl. Foucault 1997a, 1997b) und später speziell im feministischen Poststrukturalismus eine wesentliche Rolle spielen werden, an dieser Stelle nicht in die Diskussion einführe.

die mit einer bewussten Vagheit (»in der Lage scheinen«) der Zuschreibung einhergeht. Wir erkennen auch den spezifischen Charakter von Macht als soziales Beziehungsgeflecht, das direkt auf den Menschen wirkt und in der Lage ist, soziale Praktiken – »Verhalten oder Diskurse« – zu bestimmen. Aus genau diesem Charakteristikum können wir den dritten wesentlichen Aspekt ableiten: den offenkundigen Zusammenhang von Macht und Wissen, den Foucault als »Macht-Wissen-Komplex« zusammenfasst. Er beschreibt diesen Zusammenhang als den »Eindruck, dass eine durchgehende Verknüpfung der Macht mit dem Wissen und des Wissens mit der Macht besteht« (Foucault 2005b: 929).¹⁸

Macht produziert also Wissen, ebenso wie Wissen Macht produziert. Die daran anknüpfende Frage ist nun, wie das vor sich geht. Wenn wir davon ausgehen, dass Macht nicht nur in der Lage ist, durch Mechanismen »Verhalten oder Diskurse zu induzieren«, sondern sich eben erst in diesen »Verhalten oder Diskursen« ausdrücken lässt, erkennen wir, dass die entscheidende machtvollende Wirkung im Macht-Wissen-Komplex eben von diesen »Verhalten oder Diskursen« ausgehen muss. Vereinfacht könnten wir sagen, dass der Diskurs jene Ebene ist, die die Verbindung zwischen Macht und Wissen herstellt.

Folgen wir dieser Idee, müssen wir zwei Dinge akzeptieren: erstens, dass es gesellschaftliche Steuerungsmechanismen geben muss, die die Produktion des Diskurses kontrollieren, zweitens aber auch, dass dies nie vollständig möglich sein wird. Auch ein regulierter Diskurs entzieht sich in seinen konkreten Ausprägungen letztendlich seiner totalen Kontrolle, er behält etwas Gefährliches, eine »schwere und bedrohliche Materialität« (vgl. Foucault 2000: 10f.). Er ist nie gleichförmig, aber dennoch zusammenhängend, um einen »epistemologischen Strang« gedreht, was aber nicht bedeutet, »dass alle das Gleiche denken. Er [der epistemologische Strang] ist vielmehr die Bedingung, damit anderes gedacht wird und sich diese Differenz politisch durchhält« (Foucault 1999b: 248). Eine diskursive Formation ist mithin als der Fall zu verstehen, »wo

18 Wie so oft bringt auch hier ein Interview wesentliche Erklärungen zu Ansätzen und Zugängen von Michel Foucault. An dieser Stelle ist vor allem die klar gezogene Abgrenzung gegenüber dem Humanismus interessant, die die Kontroverse mit Habermas noch nachvollziehbarer macht: »Der moderne Humanismus täuscht sich also, wenn er diese Teilung zwischen Wissen und Macht ansetzt. Sie sind integriert, und es geht nicht darum, von einem Augenblick zu träumen, an dem das Wissen nicht länger von der Macht abhängen würde, was nichts anderes bedeutet, als dass man denselben Humanismus in Gestalt einer Utopie weiterbetreibt. Es ist nicht möglich, dass die Macht ohne Wissen ausgeübt wird, es ist nicht möglich, dass das Wissen keine Macht erzeugt« (Foucault 2005b: 930).

man in einer bestimmten Zahl von Aussagen ein ähnliches System der Streuung beschreiben könnte« (Foucault 1981: 58), wobei sich die Fragestellung in der Untersuchung einer solchen diskursiven Formation auf die Bedingungen dieser Verteilung, auf die Formationsregeln, richten sollte.

Gerade bei der Untersuchung von großen Komplexen wie Entwicklung oder Sicherheit ist es an dieser Stelle notwendig zu betonen, dass wir es keinesfalls mit einer rein sprachlichen Ebene zu tun haben. Diskurse sind in erster Linie gelebte soziale Praxis, wie uns Stuart Hall (1994: 150) in Erinnerung ruft: »Diskurs bezieht sich auf die Produktion von Wissen durch Sprache. Er selbst aber wird durch eine Praxis produziert: »Diskursive Praxis« – die Praxis der Bedeutungsproduktion. Da alle sozialen Praktiken bedeutungsvoll sind, haben sie auch einen diskursiven Aspekt. So treten Diskurse in alle sozialen Praktiken ein und beeinflussen sie.« Diskurs und Verhalten sind also eng miteinander verwobene Kategorien, die eigentlich nur methodisch und nicht in Hinblick auf ihren Charakter unterscheidbar sind.

Die Kontrolle des Diskurses erfolgt über vielfältige Mechanismen, die als Begrenzungen (Prozeduren der Ausschließung) und interne Prozeduren verstanden werden können, die in der Produktion des Diskurses Zufälligkeiten und Ereignisse zu bändigen haben. Einer der wichtigsten Mechanismen, der Foucault in verschiedenen Zusammenhängen intensiv beschäftigt, ist der »Wille zur Wahrheit« (Foucault 2000: 16). In ihm findet der Macht-Wissen-Komplex auf Ebene der Diskursproduktion seinen wohl vehementesten Ausdruck.

Thomas Lemke weist uns darauf hin, dass Foucault keinem radikalen Relativismus in Bezug auf den Wahrheitsbegriff das Wort reden wollte (Lemke 1999). Vielmehr wollte er betonen, dass Wahrheit ein historisch kontingentes Phänomen ist, das sich in beständiger gesellschaftlicher Produktion befindet. Wahrheit ist ein Regime oder auch ein Spiel, das nach spezifischen Regeln funktioniert und seine eigene Geschichte hat – besser gesagt, zwei Geschichten: eine, die sich nach den internen Regulationsprinzipien vollzieht, und eine externe Geschichte, die nach genau jenen Spielregeln fragt, unter denen sie produziert wird (vgl. Foucault 2003e: 12f.). Dies ist das Wesen jedes emanzipatorischen Unterfangens: »Es kommt nicht darauf an, die Wahrheit von jedem Machtsystem zu befreien – was ein Trugbild wäre, da die Wahrheit selbst Macht ist –, sondern die Macht der Wahrheit von den Formen einer (sozialen, ökonomischen, kulturellen) Hegemonie zu befreien, innerhalb derer sie derzeit funktioniert« (Foucault 2003a: 152).

Wahrheit ist also einer jener Mechanismen, entlang dessen sich Diskurse formieren und Macht konkret fassbar wird. Die Suche nach ihr ist

ein wesentlicher Hinweis auf die Spuren der Formationsregeln des Diskurses. Dennoch braucht es eine weitere konzeptionelle Hilfestellung, einerseits um das Feld der Untersuchung strukturieren zu können, andererseits aber auch, um strategische Elemente – oder besser gesagt, die verschiedenen Prozesse auf strategischer Ebene – überhaupt fassen zu können. Genau an diesem Punkt bringt Foucault die Figur des Dispositivs ins Spiel.

Das Dispositiv hat verschiedene Elemente und Eigenheiten. In seiner definitorischen Abgrenzung habe ich bislang seine Netzförmigkeit hervorgehoben, jene »heterogene Gesamtheit«, die es beschreibt – und die Unterscheidbarkeit zum Diskurs vor allem daran festgemacht, dass es auch nicht-diskursive Elemente mit einschließt. Auf der Grundlage der vorangegangenen Überlegungen zum Machtbegriff ist es nun möglich, weitere besondere Merkmale des Dispositivs in die Diskussion einzuführen. Nach Foucaults ausführlichster Charakterisierung¹⁹ (Foucault 2003b: 392f.) sind das neben seiner gegenständlichen Eingrenzung vor allem zwei.

Zunächst stellt sich die Frage nach den Beziehungen, in denen die verschiedenen Elemente der vom Dispositiv umfassten Gesamtheit zueinander stehen. Diese Verbindung markiert den qualitativen Unterschied zum Diskurs, nachdem sie dem Diskurs erst seine Art des Sprechens ermöglicht.

»So kann irgendein Diskurs mal als Programm einer Institution, mal im Gegenteil als ein Element erscheinen, das es erlaubt, eine Praktik zu rechtfertigen oder zu verschleiern, die selbst stumm bleibt, oder er kann als Sekundärinterpretation dieser Praktik funktionieren und ihr Zugang zu einem neuen Rationalitätsfeld verschaffen. Kurz, zwischen diesen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen gibt es gleichsam ein Spiel, gibt es Positionswechsel und Veränderungen in den Funktionen, die ebenfalls sehr unterschiedlich sein können« (ebd.).

Es ist von zentraler Bedeutung, dass dieses Spiel zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen²⁰ nicht beliebig oder zufällig abläuft.

19 Diese Charakterisierung entstammt auch in diesem Fall einem Interview, mit »*champ freudien*« im Juli 1977.

20 Die Unterscheidung zwischen den Attributen »diskursiv« und »nicht-diskursiv« ist für Foucault in diesem Zusammenhang »nicht so wichtig«. Entscheidend ist für ihn die Herausstreichung des spezifischen Charakters von Institution, der zwar ohne Zweifel diskursiv gefasst werden kann (und sich ohne einen entsprechenden Diskurs nicht herausbilden könnte), sich aber doch durch schwer im Konzept des Diskurses zu fassende materielle

Vielmehr erfüllt es einen bestimmten Zweck, oder, wie es Foucault ausdrückt, eine strategische Funktion: »Drittens verstehe ich unter Dispositiv eine Art – sagen wir – Gebilde, das zu einem historisch gegebenen Zeitpunkt vor allem die Funktion hat, einer dringenden Anforderung nachzukommen. Das Dispositiv hat also eine dominante strategische Funktion« (Foucault 2003b: 392f.). Ein Dispositiv kann immer nur um ein prävalentes strategisches Ziel wachsen, in dem es seine Funktionalität entfalten kann, wobei es darin an die epistemischen Grenzen gebunden ist.²¹

Arturo Escobar sieht im Fall des Entwicklungsdispositivs dieses strategische Ziel in der Aufrechterhaltung der systemischen Asymmetrie oder, in politischem Vokabular ausgedrückt, in der Produktion und Reproduktion der Dominanz der Zentren gegenüber den peripheren Regionen. Dazu wird nicht nur spezifisches Wissen hervorgebracht, sondern es werden auch konkrete Praktiken der Intervention gesetzt, die das Dispositiv ausmachen: »From this critical perspective, development can be described as an apparatus (dispositif) that links forms of knowledge about the Third World with the deployment of forms of power and intervention, resulting in the mapping and production of Third World societies« (Escobar 1992a: 23).

Für die Problemstellung der vorliegenden Untersuchung ist das Verständnis der Art und Weise, wie diese strategische Funktionalität ausgeübt wird, entscheidend. Anders können die Eigenheiten von Entwicklung und Sicherheit, und der besondere Charakter, der dem Prozess ihrer

Praktiken auszeichnet. Foucault insistiert in dem Zusammenhang darauf, dass »mein Problem ja kein sprachliches ist« (Foucault 2003b: 396).

- 21 Dieser Zusammenhang ist freilich komplexer: »Was das Dispositiv betrifft, stehe ich vor einem Problem, für das ich noch keine richtige Lösung gefunden habe. Ich habe gesagt, dass das Dispositiv von einer wesentlichen strategischen Beschaffenheit wäre, was unterstellt, dass es sich dabei um eine bestimmte Manipulation von Kräfteverhältnissen handelt, um einen rationalen und abgestimmten Eingriff in diese Kräfteverhältnisse, um sie in irgendeine Richtung zu entwickeln, um sie zu blockieren oder um sie zu stabilisieren, sie zu verwenden. Das Dispositiv ist also immer in ein Machtspiel eingeschrieben, doch immer auch an eine oder an mehrere Wissensgrenzen gebunden, die daraus hervorgehen, es aber genauso auch bedingen. Das eben ist das Dispositiv: Strategien von Kräfteverhältnissen, die Arten von Wissen unterstützen und von diesen unterstützt werden. In *Les Mots et les Choses* hatte ich eine Geschichte der Episteme schreiben wollen und bin in einer Sackgasse stecken geblieben. Was ich jetzt machen möchte, ist versuchen zu zeigen, dass das, was ich Dispositiv nenne, ein viel allgemeinerer Fall der Episteme ist. Oder vielmehr, dass die Episteme ein spezifisch diskursives Dispositiv ist, im Unterschied zu dem Dispositiv, das selbst diskursiv und nicht diskursiv ist und dessen Elemente viel heterogener sind« (Foucault 2003b: 394f.)

allmählichen Verschränkung innewohnt, schwerlich diskutiert werden. Auch die große Resistenz, die für beide Konzepte kennzeichnend ist, die spezifische Produktion von Wissen, die sie ankurbeln, weisen auf diese Funktionalitäten hin, sind aber ohne sie auch nur eingeschränkt zu verstehen.

Ein Dispositiv erfüllt seine Wirkung auf zwei unterschiedliche Arten: Einerseits auf der offensichtlichen Ebene, auf der Ebene, die gesagt wird, und die aus dem Gesagten unmittelbar abgeleitet werden kann; das Gefängnis in seiner Orientierung auf präventive Abschreckung und korrektive Reintegration, Entwicklung aus dem Ziel der Modernisierung und systemischer Integration, Sicherheit in der Durchsetzung konkreter Regime staatlicher, sozialer oder persönlicher Abwehr- und Schutzmaßnahmen. Ich will diese Wirkungen als »Wirkungen erster Ordnung« bezeichnen, da sie sich unmittelbar aus den im Rahmen des Dispositivs generierten Diskursen ableiten lassen.

Auf die zweite Art der Wirkung bin ich ebenfalls bereits eingegangen, als ich eingangs James Fergusons (1994: 19f.) Vorschlag erwähnte, Foucaults Analyse der Wirksamkeit des Gefängnisdispositivs in seinem vermeintlichen Scheitern auf Entwicklung anzuwenden. Foucault hatte in »Überwachen und Strafen« (1994) festgestellt, dass das Gefängnis trotz des Scheiterns bei der Durchsetzung seiner propagierten Zielsetzungen, Abschreckung und Integration, einen ursprünglich unintendierten Erfolg mit sich brachte: die Produktion der Delinquenz, ein Milieu, das sehr bald produktiv aufgegriffen und zum neuen Raum für Projekte der Kontrolle und der Normalisierung wurde.

Ähnliche Wirkungen können wir beim Entwicklungsdispositiv feststellen, das seinen Erfolg auch nicht in Hinblick auf seine eigentlich propagierten Zielsetzungen erreicht hat – Entwicklung in der vorgesehenen Form hat in den innerhalb des Dispositivs als unterentwickelt konstruierten Regionen nicht stattgefunden, zumindest nicht nach all den Kriterien, die sich die beteiligten Agenturen selbst als Maßstab gesetzt haben. Einen möglichen Erfolg können wir allerdings in der Verankerung von Strukturen der Unterentwicklung wahrnehmen, die zur weltsystemischen Asymmetrie beitragen, ebenso wie in der Herstellung spezifischer Formen von Wahrnehmung – eben in der Durchsetzung des Prinzips der Unterentwicklung.

Foucault hat diese Wirkungen des Dispositivs als seine strategische Erfüllung bezeichnet.²² Ich möchte vorschlagen, diese Wirkung als

22 An dieser Stelle haben wir es leider mit unglücklichen Übersetzungsvarianten zu tun. Die zwei vorhandenen deutschen Übersetzungen bezeichnen die Stelle entweder als »strategische Ausfüllung« (Foucault 2003b: 394) oder als »strategische Wiederauffüllung« in jener Übersetzung, die

»Wirkung zweiter Ordnung« zu bezeichnen – um klar zu machen, dass sich Dispositive durch eine doppelte Wirkungsebene auszeichnen, die in ihrer Gesamtheit aus den Diskursen, die sie generieren und die sie tragen, nicht vollständig ableitbar sind. Die Stärke der Konstruktion eines Dispositivs, und damit der strategische Hauptstoßpunkt innerhalb des Kräfteverhältnisses, in dem er wirkt, ist also seine Fähigkeit, die widerstrebenden Strömungen, die sich in einem solchen Machtverhältnis notwendiger Weise entwickeln, in sein heterogenes Netz zu integrieren.

Spätestens an diesem Punkt ist ein Wort der Vorsicht angebracht: Dieses idealtypische Bild suggeriert eine Totalität, die in der konkreten sozialen Realität nie funktioniert, ja nie funktionieren kann. Die Ränder eines Dispositivs sind schwammig, und es gelingt ihm keinesfalls, sein Netz um alle widerstrebenden Strömungen, alle Zufälle, jede Ereignishaftigkeit zu spannen. Ein Dispositiv ist ein spezifischer Modus von Macht, und als solcher immer für Widerstand anfällig. Es ist konkret angreifbar, wenn auch flexibel und schwer fassbar.

Die entscheidende Frage, die nun im Raum steht, ist die nach den Handelnden. Entwicklung wird schließlich gemacht, und es benötigt nicht viel Nachforschung um festzustellen, dass es kein zentrales Planungsbüro gibt, welches die global in diesem Dispositiv laufenden Prozesse steuert oder auch nur koordiniert – auch wenn sich das so manche in dem Bereich Tätigen vielleicht sogar wünschen würden. Die Realität entspricht in ihrem Chaos Stück für Stück dem Bild, das Foucault vom Dispositiv gezeichnet hat, als einem Wirrwarr von Praktiken, Institutionen, Diskursen, die aber dennoch eine strategische Funktion erfüllen. Wie aber ist das nun möglich, wie kann sich diese strategische Funktion realisieren?

Auf diese Frage geben weder marxistische Basis-Überbau-Modelle noch Annahmen über die grundlegende Verhaltensweisen der Gattung Mensch, wie sie in realistischen Ansätzen wiederzufinden sind, eine befriedigende Antwort, was in diesem Zusammenhang allerdings nichts über ihre Stimmigkeiten erklärt. Die Aussagen, die sie treffen können, sind zu generell, um jene feinen Unterschiede herausarbeiten zu können, in denen sich Macht in unterschiedlichen Kontexten vollzieht. Der entscheidende Begriff, den Foucault hier in die Diskussion einführt, ist der Begriff der Regierung, allerdings nicht im Sinne einer institutionalisier-

im 1978 veröffentlichten Merve-Band »*Dispositive der Macht*« verwendet wurde. Der von Foucault gebrauchte Originalbegriff ist »*remplissement*«, was etwa soviel heißt wie Erfüllung. Gemeint ist offenkundig, dass ein Dispositiv erst mit diesem Mechanismus seine strategische Erfüllung findet, also als Gesamtes zur Wirkung gelangt und damit als Dispositiv charakterisierbar wird.

ten Staatsführung. Vielmehr geht es um einen Begriff, der in der Lage ist, Führungstechniken zu beschreiben, der Führung des Selbst und der des Anderen (vgl. Lemke 2004: 63): »Unter Regierung verstehe ich die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels denen man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung. Diese Gesamtheit von Prozeduren, Techniken, Methoden, welche die Lenkung der Menschen untereinander gewährleisten [...]« (Foucault 2005d: 116).

Es ist möglich, in den »Prozeduren, Techniken, Methoden«, die Regierung gewährleisten, Regelmäßigkeiten festzustellen, die weiter reichen als das intentionale Handeln der einzelnen Subjekte, andererseits aber auch durch allgemeine und in diesem Zusammenhang ungenaue Begriffe wie Ideologie nicht verdeutlicht werden können. Foucault sieht hier ein Prinzip zwischengelagert, das auf einer anderen Ebene angesiedelt ist: »Die Regierung der Menschen durch die Menschen [...] erfordert eine bestimmte Form der Rationalität, und nicht eine instrumentelle Gewalt« (Foucault 2005a: 197). Das Prinzip der Regierung ist also eine bestimmte Form der Rationalität, die nicht mit instrumenteller Gewalt – also dem Element des Zwanges – verwechselt werden darf.

Solche Rationalitäten von Regierung bauen auf dem Macht-Wissen-Komplex auf und würden ohne ihn nicht funktionieren. Wie Michael Dillon hervorhebt, liegt darin eine der wesentlichen Leistungen von Macht-Wissen in seiner konkreten sozialen Wirksamkeit: »This is its capacity to enable government at a distance. For it enables subjects to do their own self-governing in ways that, while empowering a degree of autonomy, nonetheless integrate them into a web of power/knowledge and reporting that systematically holds them to (self-)account. By these means, power is able to operate without a requirement for the direct intervention of force« (Dillon 1995: 325). Ohne die Schaffung des notwendigen Wissens und seiner Verankerung – die nach meiner These von Dispositiven vollzogen wird, wobei Regierung selbst als Dispositiv interpretiert werden kann – ist zivile Herrschaft nicht realisierbar. Dies bestätigt auch Morgan Brigg mit Blick auf das Entwicklungsdispositiv: »More analytically tenable and critically efficacious is the recognition that, in its very aims, development is bound with the contemporary modality of power that operates by bringing forth and promoting the forces and energies of human subjects« (Brigg 2002: 426).

Foucault hat sich im Laufe seiner Forschungen eingehend mit der Problematik der Rationalitäten des Regierens auseinandergesetzt. Er wurde darauf gestoßen, als er gesellschaftliche Mechanismen wie Psychiatrie, Gefängnis oder Sexualität in ihrer historischen Entwicklung auf ihre Wirkungsweisen untersuchte, um sich schließlich in der zweiten Hälfte der 1970er in drei Vorlesungen am *Collège de France* ausführlich

der Frage von Regierung und ihren Rationalitäten zu widmen.²³ Schon zuvor hatte er in »Überwachen und Strafen« die Idee der Disziplinargesellschaft entwickelt und sich mit der Frage der Souveränität auseinandergesetzt. Später wird er diese beiden Modelle als Rationalitäten ordnen, und in der Auseinandersetzung mit dem Liberalismus (seiner einzigen ausführlichen wissenschaftlichen Befragung zeitgenössischer politischer Prozesse) eine dritte hinzufügen: die Gouvernamentalität.²⁴

Führen diese Überlegungen zu Foucaults Lebzeiten in der Rezeption seines Werkes noch ein Schattendasein, so gewinnen sie Mitte der 1990er – einhergehend mit dem Aufkommen von »Neo-Liberalismus« als politischem Schlagwort und einer damit notwendig gewordenen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Phänomen – schlagartig an Bedeutung. Zahlreiche Sammelbände²⁵ und Einführungswerke (Dean 1999) werden veröffentlicht, auch mit dem Ziel, *governmentality studies* speziell in der US-amerikanischen Forschungslandschaft als interdisziplinären Forschungszweig zu etablieren.

»There are several reasons why governmentality has arisen to such prominence. First, it offers a line of investigation that has appealed to researchers frustrated with the enduring positivism of the social sciences, but not content either with the textualism of certain poststructuralisms. Governmentality certainly has significant affinities with poststructuralist approaches: a view of power as fragmented; an insistence on the constitutive nature of language; and

23 Alle drei betreffenden Vorlesungen wurden in schriftlicher Form veröffentlicht und liegen mittlerweile auch in deutscher Übersetzung vor. Es sind dies die Vorlesungen aus dem Jahr 1976, »In Verteidigung der Gesellschaft« (Foucault 1999b), dem Jahr 1978, »Sicherheit, Territorium, Bevölkerung« (Foucault 2004a), und dem Jahr 1979, »Die Geburt der Biopolitik« (Foucault 2004b).

24 Aus dem Entstehungszusammenhang des Konzeptes wird deutlich, dass die Mode gewordene Interpretation, es handle sich bei *gouvernementalité* um eine Verbindung von *gouvernement* und *mentalité* (vgl. etwa Reichert 2004), also eine Denkweise, falsch sein muss, ebenso wie die leider oft eingebürgerte deutsche Übersetzung »Regierungsmentalität«. Es geht hier nicht um Denkweisen (also Episteme), sondern um Rationalitäten, wir würden uns also – abgesehen von der linguistischen Fehldeutung, auf die Michel Sennelart (Foucault 2004a: 564) hinweist – auf einer falschen Ebene bewegen.

25 Für den englischen Sprachraum sind neben dem grundlegenden Band von Graham Burchell (Burchell et al. 1991) vor allem die Bände von Perry und Maurer (2003), Larner und Walters (2004) und Jonathan Xavier Inda (2005) zu erwähnen. Auch im deutschsprachigen Raum wurden mittlerweile einzelne Bände veröffentlicht. Zu nennen sind etwa der von Ramón Reichert (2004) herausgegebene Band »Governmentality Studies«, der durch seine Qualität besticht, sowie der Überblicksband von Pieper und Gutierrez Rodriguez (2003).

a view of agency in terms of contingent rather than fixed subjectivities. But unlike much work in poststructuralism, governmentality research has been more historical and more avowedly empirical in its orientation. This has much to do with an aspect of governmentality [...] – a concern with power in its multifarious practical, technical manifestations« (Larner/Walters 2004: 3).

Die Vorteile, die Larner und Walters auflisten, machen das Konzept – nicht abgetrennt, sondern verbunden mit anderen Formen von Regierungsrationalität – zu einem gewinnbringenden Ansatz für die kritische Entwicklungsforschung. Sie ermöglichen eine Feinheit der Analyse, die in bisherigen Zugängen, auch jenen, die direkt auf Foucault rekurrieren, allzu oft in Pauschalitäten verloren gegangen sind. Auf der anderen Seite liegen in dem Zugang auch Gefahren. In einem starken Hang zum Empirismus vernachlässigen zahlreiche Studien, die sich im Kontext der *governmentality studies* platzieren, den komplexen Zusammenhang, in den die Gouvernamentalität als eine Form der Rationalität des Regierens eingebettet ist. Die Folge ist eine Isolierung des Konzeptes und seine Umwandlung in eine schlichte soziologische Methode, die Kontrollmechanismen von Staatlichkeit abbildet, allerdings zumeist mit der aus der Vernachlässigung einer komplexen Machtanalyse resultierenden Tendenz zur Totalisierung solcher Mechanismen. Speziell Thomas Osborne (2004) hat sich massiv gegen die Einrichtung solcher *governmentality studies* als Zweig der Soziologie gewandt und als Gegenentwurf »*Studies of Governmentality*« vorgeschlagen.

»In diesem Sinne ist es den Studies of Governmentality um die Historizität der Ereignisse innerhalb einer Geschichte der Regierungstechnologien zu tun. Und damit sollten sie auch nicht als Teil einer übergeordneten Methodologie (welcher Art auch immer) verstanden werden, sondern als singuläre, diskontinuierliche Forschungsarbeiten: begrenzt, empirisch, hoffentlich maßvoll, aber auch – sofern sie ihre Arbeit gut machen – unzeitgemäß, also in einer kontingenten und fragenden Weise auf die Gegenwart bezogen« (Osborne 2004: 39).²⁶

Das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Rationalitäten ist in Foucaults Konzept nicht als allmählicher Übergang zu verstehen, wie es

26 Wahrscheinlich wäre es überhaupt klüger, solche Forschungen nicht auf die Suche nach Gouvernamentalität, sondern nach Rationalitäten auszurichten – allein, um nicht schon im Ansatz Ergebnisse im Voraus zu determinieren. Auch wenn angesichts der globalen Dominanz des Liberalismus in seinen unterschiedlichen Spielarten Gouvernamentalität zur hervorstechenden Rationalität des Regierens – was in unserem Fall heißt: der Intervention – geworden ist, bedeutet das keineswegs, dass damit andere Rationalitäten ausgelöscht worden wären.

etwa die marxistischen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung nahe legen. Hier finden sich eben *Reste* vorkapitalistischer Produktionsweisen auch in kapitalistisch dominierten Settings, mitunter finden wir auch – eigentlich unproduktiv gewordene – (heutzutage nicht mehr regional abgrenzbare) Zonen des Sklavenhaltertums. Foucaults Konzept der Rationalitäten ist nicht auf teleologische Entwicklung ausgelegt, dementsprechend kennt es auch keine Abfolge. Souveräne Rationalitäten finden sich neben der Disziplin, und ohne die Rationalität der Disziplin könnte Gouvernamentalität vermutlich gar nicht greifen – Foucault hat diesen Zusammenhang einmal als Triangel bezeichnet (vgl. Dillon 1995).

Näher liegt vielmehr die Annahme, dass gewisse soziale Situationen – also Machtbeziehungen – strategische Problemlagen hervorbringen und daher in Folge zur Bildung von Dispositiven führen, die zur Lösung dieser Probleme dienen sollen. Und diese Dispositive bilden eine ihnen angemessene *Konfiguration* jener Rationalitäten heraus, die von der epistemischen Ebene geprägt sind, gleichzeitig aber wieder auf sie rückwirken. Michael Dillon (2004: 77) hat daher vorgeschlagen, Gouvernamentalität als »a born of a technological ontology that proceeds through reflexive epistemologies« zu begreifen.

Ich will die zum Verständnis des Gedankenganges eigentlich notwendige historische Herleitung an dieser Stelle nicht vertiefen und auf die entsprechende Literatur verweisen (insb. Foucault 2004a, 2004b oder auch Dean 1999). Es soll genügen, einige Bemerkungen zum speziellen Charakter der gouvernementalen Rationalität festzuhalten, die zur Untermauerung meiner Grundthese dienen, dass der spezielle Charakter des Entwicklungsdispositivs, der sich in der Vermengung mit dem Dispositiv der Sicherheit ausdrückt, primär von dieser Rationalität geprägt ist, obwohl weiterhin wesentliche Elemente der Disziplin und der Souveränität tragend wirken.

Die zentrale Entstehungsbedingung gouvernementaler Rationalität hängt eng mit dem politischen Projekt des Liberalismus zusammen und wird erst durch diesen möglich. Die Ursache dafür hängt vor allem mit dessen Ausgangspunkt als Kritikbewegung zusammen, die in einer starken inneren Dynamik mündet: »As a practice animated by an ethos of critique, liberalism displays a remarkable degree of political invention and self-renewal. Thus the liberal regime of government not only prepares the way for positive forms of knowledge of economy and society but establishes them as absolutely necessary« (Dean 1999: 51). Die Konsequenz ist ein Wandel der konkreten Methoden und Charakteristika von Herrschaft, die sich vom Rechtsprinzip der Staatsräson und der mit der Idee der Disziplin verknüpften Einrichtung der *Policey* als allumfas-

sender Kontrollinstanz erheblich unterscheiden (Lemke et al. 2000: 13) und daher eine eigene Form der Rationalität, die *Gouvernementalität*, hervorbringen.²⁷

Verknüpft ist diese Rationalität mit einer neuen, dynamischen Qualität von Regierung, die ein wesentliches Spezifikum bildet. Diese Dynamik ergibt sich aus dem liberalen Selbstverständnis der beständigen Reform, wie Mark Duffield (2002: 80) hervorhebt: »The failure of modernity is synonymous with a temporary loosening of civilisation's grip and reversing of the ameliorative effects of social organisation. [...] If the failure of modernity is a recurring motif, it is because liberal society defends itself as being in a process of never-ending reform in response to its critics and detractors.« Überhaupt bildet das Scheitern der Utopie des Marktes eine notwendige Bedingung für den Liberalismus als politisches Projekt (vgl. Polanyi 2001: 227) und wird damit zur Basis einer neuen Rationalität des Regierens.

Mitchell Dean (1999: 20f.) charakterisiert die sich daraus ergebenden speziellen Charakteristika von *Gouvernementalität* anhand von vier Punkten. Erstens hängt für ihn die Entstehung *gouvernementaler* Rationalität mit dem Aufkommen bestimmter neuer Wahrnehmungen gesellschaftlicher Phänomene zusammen. Eines der wesentlichsten ist neben der Herausbildung der wissenschaftlichen Idee einer politischen Ökonomie die Erfindung der Bevölkerung (vgl. Foucault 1999b: 291). Das Konzept Bevölkerung liefert gegenüber älteren Mustern wie Untertanen oder der von Souveränität geprägten Konstruktion des Volkes vollkommen neue Möglichkeiten der Einflussnahme auf Menschen. Diese hängen eng mit einer sozialen Anwendung des Risikobegriffs zusammen und, in der Folge der praktischen Umsetzung der Risikoanalyse, mit der Idee von Statistik und Wahrscheinlichkeit, die auch wesentlich auf das Sicherheitsdispositiv rückwirkt.²⁸

27 Es ist bei diesen Konzepten allerdings zu bedenken, dass die Kategorienbildung von Foucault in den betreffenden Vorlesungen bei Begriffen wie Liberalismus, *Gouvernementalität* oder Regierung lose ist. So spricht er vom Liberalismus als »Typ von Rationalität in der Regierungskunst« (Foucault 2004a: 40). Wäre ich gezwungen, klare Begriffsabgrenzungen vorzunehmen, würde ich den Liberalismus eher der ideologischen Ebene zuordnen, was Foucault im Übrigen auch nicht ausschließt. Der entsprechende Typ von Rationalität wäre in diesem Bild dann die *Gouvernementalität*.

28 Foucault zeichnet in der Entstehung der Vakzination und der Impfkampagnen im 18. Jahrhundert diese Denkentwicklung nach (Foucault 2004a: 90ff.). Vakzination als medizinische Errungenschaft war genötigt, grundsätzlich mit den medizinischen Rationalitäten des 17. Jahrhunderts zu brechen, da es in diesem Kontext unmöglich gewesen wäre, Krankheitserreger einfach aufgrund statistischer Wahrscheinlichkeiten zu impfen. Es wä-

Foucault führt für diesen Prozess einen neuen Begriff in die Diskussion ein: Biomacht, und im Weiteren, um den intentionalen Charakter zu verdeutlichen, Biopolitik, wobei Biopolitik im eigentlichen Sinn kein politisches, sondern ein tendenziell regulatives Unternehmen auf der Ebene des Lebens darstellt (vgl. Dean 1999: 99).²⁹

»Diesseits der großen absoluten, dramatischen und dunklen Macht der Souveränität, die darin bestand, sterben zu machen, tritt jetzt mit dieser Technologie der Bio-Macht, dieser Macht über ›die‹ Bevölkerung als solche, über den Menschen als Lebewesen, eine dauerhafte und gelehrte Macht hervor: die Macht ›leben zu machen‹. Die Souveränität machte sterben und ließ leben. Nun tritt eine Macht in Erscheinung, die ich als Regulierungsmacht bezeichnen würde und die im Gegenteil darin besteht, leben zu machen und sterben zu lassen« (Foucault 1999: 291).

Der Bedeutungswandel, den das Konzept der Nation im Zusammenhang mit liberaler Regierung durchläuft, steht mit dieser Biopolitik in unmittelbarem Zusammenhang. Nation wird dabei, im partiellen Bruch von Souveränität, die sich hiermit (mit zum Teil verheerenden Folgen) in ein Stadium der neuen Verhandelbarkeit begibt, de-territorialisiert und entlang sozial konstruierter Kriterien neu formiert (vgl. Burchell 2004: 53). Damit wird, gerade auch auf internationaler Ebene, über die Nation ein neuer Konnex zu Sicherheit geschaffen. Der Drang nach entwicklungs-

re auch möglich, die von Polanyi (2001) so eindrucksvoll geschilderte Überwindung der Speenhamland-Gesetzgebung im England des späten 18. Jahrhunderts mit diesem Prozess zu erklären. Wahrscheinlich ist Speenhamland und die sich in ihm vollziehende Entstehung des Marktdispositivs eines der eindrucksvollsten Beispiele, um das Zusammenwirken zwischen Dispositiven, Rationalitäten und Epistemen anschaulich nachzuvollziehen.

- 29 Für Foucault laufen diese Prozesse ineinander: »Zum ersten Mal in der Geschichte reflektiert sich das Biologische im Politischen. Die Tatsache des Lebens ist nicht mehr der unzugängliche Unterbau, der nur von Zeit zu Zeit, im Zufall und in der Schicksalhaftigkeit des Todes ans Licht kommt. Sie wird zum Teil von der Kontrolle des Wissens und vom Eingriff der Macht erfasst. Diese hat es nun nicht mehr bloß mit Rechtssubjekten zu tun, die im äußersten Fall durch den Tod unterworfen werden, sondern mit Lebewesen, deren Erfassung sich auf dem Niveau des Lebens halten muss. Anstelle der Drohung mit dem Mord ist es nun die Verantwortung für das Leben, die der Macht Zugang zum Körper verschafft. Kann man als ›Bio-Geschichte‹ jene Pressionen bezeichnen, unter denen sich die Bewegungen des Lebens und die Prozesse der Geschichte überlagern, so müsste man von ›Bio-Politik‹ sprechen, um den Eintritt des Lebens und seiner Mechanismen in den Bereich der bewussten Kalküle und die Verwandlung des Macht-Wissens in einen Transformationsagenten des menschlichen Lebens zu bezeichnen« (Foucault 1999: 170).

politischem Nation-Building findet vor diesem Hintergrund einen Erklärungsansatz: »Nation building, in any case, illustrates the ›productive‹ face of biopower and security« (Hardt/Negri 2004: 23; vgl. dazu auch Reid 2005).

Dies ist allerdings nur eine der Wirkungen, die das Entwicklungsdispositiv auf Ebene der Biopolitik entfalten kann. Mehr oder minder ist sein gesamtes Programm auf vielfältige Weise darin eingeschrieben, wie Mark Duffield argumentiert:

»While development programmes contain individualising disciplinary elements, typically in the form of projects, they also seek to strengthen the resilience of collectivities and populations. Towards this end, development draws widely on regulatory mechanisms, risk management techniques and compensatory programmes that act at the aggregate level of economic and social life. In particular, development is a biopolitical security mechanism associated with populations understood as essentially self-reproducing in relation to their basic social and welfare needs« (Duffield 2005b: 6).

Als zweites Merkmal gouvernementalen Regierens hebt Mitchell Dean das Verhältnis hervor, in dem es zu den anderen Formen des Regierens steht, vor allem der Souveränität und der Disziplin. Dean erkennt in der Gouvernementalität eine Neukodierung von Macht, die sich substantiell von souveränen und disziplinären Machtformen unterscheidet. Ein wesentliches Element in diesem Zusammenhang ist das Bedürfnis nach der Einschränkung von Regierung – weniger Regieren als »Selbstbegrenzung der gouvernementalen Vernunft« (Foucault 2004a: 40). Dies führt nicht nur zu einer neuen Bedeutungszuschreibung für den rechtlichen Rahmen dieser Selbstbegrenzung. Karl Polanyi hat nachgewiesen, dass gerade auf ökonomischer Ebene ein liberaler Markt nie nach dem Laissez-faire-Prinzip funktioniert hat: »There was nothing natural about laissez-faire; free markets could never have come into being merely by allowing things to take their course« (Polanyi 2001: 145). Vielmehr wären konkrete Interventionen notwendig gewesen, die oftmals in juristische Formen gegossen wurden.

Diese Selbstbegrenzung hat auch direkte Auswirkungen auf internationale Interventionen, und das Selbstverständnis derjenigen, die sie durchführen. Die Staatsräson, eine klassische Idee der souveränen Rationalität, hätte, so Foucault, den Gedanken des Imperialismus durch den Wettbewerb zwischen konkurrierenden Staaten verdrängt. Die Gouvernementalität würde dies wiederum um- und zurückwerfen, und zwar aufgrund ihrer selbst auferlegten Begrenzung des Regierens: »Die liberale Vernunft geht einher mit der Aktivierung des imperialen Prinzips,

nicht in Form des Kaiserreichs, sondern in Form des Imperialismus, und zwar in Verbindung mit dem Prinzip des freien Wettbewerbs zwischen den Individuen und den Unternehmen« (Foucault 2004a: 42, Fn).

Das dritte Merkmal, das Mitchell Dean herausstreicht, ist für unser Thema von besonderer Bedeutung. Es geht um eine neue Wirkung von Sicherheit auf die neu erfundene Figur der Bevölkerung. Gouvernamentalität, so Dean, »seeks to enframe the population within what might be called apparatuses of security« (Dean 1999: 20). Thomas Lemke weist darauf hin, dass die Einführung des Sicherheitsdispositivs eine Grundbedingung liberalen Regierens darstellt (vgl. Lemke 1997: 184ff.). Liberalismus zielt auf Freiheit ab, in einem Freiheitsbegriff, der grundsätzlich individualistisch geprägt ist. Damit fallen zwei Machtmechanismen weg: einerseits das Element der direkten Herrschaft des Absolutismus, andererseits aber auch der Rekurs auf kollektivistische Konstruktionen. Damit bedarf es eines neuen Modus, um Gefahren für die Bevölkerung, die von Individuen ausgehen können, zu kodifizieren und in der Folge abzuwehren. Dieser Modus ist Sicherheit. »Freiheit und Sicherheit [bilden] die beiden Pole der liberalen Gouvernamentalität« (Lemke 1997: 186).³⁰

Freilich ist die erwähnte Einführung des Sicherheitsdispositivs an sich keine wirkliche Innovation. Ohne Zweifel haben auch andere Rationalitäten des Regierens auf Dispositive der Sicherheit zurückgegriffen. Doch das Sicherheitsdispositiv des gouvernementalen Regierens unterscheidet sich fundamental von vorherigen Sicherheitsbegriffen, so dass es nicht korrekt wäre, von einer einfachen Veränderung auszugehen. Tatsächlich ist dieser Prozess besser als Neueinführung zu beschreiben. Entscheidendes Charakteristikum ist die umfassende Bedeutung von Sicherheit im gouvernementalen Kontext, die sich auf den sozialen Bereich ausdehnt: »In suggesting that the society we now live in has become, preeminently, a ›society of security‹, part of what Foucault no doubt has in mind that our government involves a distinctive circuit of interdependence between political security and social security. It is

30 Mitchell Dean analysiert dies so: »Thus the liberal problematic of security differs from the police conception of security in a first way. While the police conception makes the security of the state dependent upon the detailed regulation of ›men and things‹, the liberal problematic advises that security can be best attained by creating the conditions under which individuals can exercise various liberties« (Dean 1999: 116f.). Was wir hier auf jeden Fall immer bedenken müssen, ist, dass das neue Sicherheitsdispositiv die Freiheit zu seinem Funktionieren voraussetzt: »This means that to govern properly, to achieve security, it is necessary to respect the liberty of the governed so that the natural processes of the economy and the population might function effectively« (ebd.).

misleading to envisage the dimension of the social as the state's antagonist or its prey« (Gordon 1991: 35).

Auf internationaler Ebene sticht in dieser Beziehung sofort das Human-Security-Konzept ins Auge. Kontrastierend ist jedoch, dass das Konzept erst gegen Mitte der 1990er Jahre populär wird. Seinen Ausgangspunkt findet es mit dem Human Development Report von 1994 (vgl. UNDP 1994).³¹ Warum so spät, wenn doch der Entwicklungsdispositiv eine deutlich längere Geschichte aufweist? Eine gut nachvollziehbare These ist, diese eigentlich überraschende Verzögerung mit der speziellen Bedeutung zu erklären, die dem Prinzip der Souveränität auf internationaler Ebene, und im Speziellen im Verhältnis der zentralen Staaten zur Peripherie und Semi-Peripherie des Weltsystems zukommt.

Die Rationalitäten, die auf dieser internationalen Ebene historisch wirksam werden, sind zwar grundsätzlich dieselben, die auch innerhalb der zentralen Regionen selbst zu finden sind. Doch es gibt keine Übereinstimmung, was die jeweils konkreten Konfigurationen anbelangt, die sich aus dem Zusammenspiel der Rationalitäten in den unterschiedlichen Dispositiven der Machtverhältnisse ergeben. Wenn also in Europa das Rationalitätsprinzip der Souveränität im Inneren bestimmend wirkt, bedeutet dies keineswegs, dass dies auch für die Außenbeziehungen Europas gelten muss – so war das Prinzip der Souveränität, das in Europa während langen Phasen seiner Geschichte als Kolonialmacht dominierte, in den Kolonien selbst keineswegs bestimmend. Ebenso können wir feststellen, dass auf internationaler Ebene das Prinzip der Souveränität in der Epoche der Dekolonisierung und Gründung der Nationalstaaten in den (Semi-)Peripherien vorherrschte, während sich in den Zentren die liberale Gouvernementalität als bestimmende Rationalität des Regierens etablierte.³²

31 Ein wesentlicher Anstoß zu der Diskussion kam von der Auseinandersetzung um die Dritte Generation der Menschenrechte, die zunächst von verschiedenen gewichtigen Staaten des Zentrums abgelehnt wurde. Die Entstehung des Human Security-Konzepts kann gewissermaßen als individualisierte Antwort auf diese Bemühungen verstanden werden.

32 Michael Dillon sieht im internationalen System beide Prinzipien am Werk: »Rather, I am proposing that the state and the system of states has, to an important degree, and from very early modern times, been a function of knowledgeable governmentality as much of sovereign territoriality; and that, moreover, governmentalization of the state and of the system of states – the codes, protocols, and regimes of knowledge of (inter)national relations – has been the principal device by which the technologization of the political (and the democratic) has been disseminated globally in the modern age« (Dillon 1995: 343). Ich werde auf diese hier nur kurz angerissenen Fragen weiter hinten noch zu sprechen kommen.

Offenbar befindet sich dieses Prinzip der Souveränität auf internationaler Ebene in einem Stadium, in dem es neu verhandelt werden kann. Es ist in der Tat anzunehmen, dass diese neue Verhandelbarkeit mit dem Ende des Kalten Krieges in engem Zusammenhang steht, aber vielleicht in einer etwas komplexeren Weise als in den Versuchen, die darauf folgenden politischen Prozesse der internationalen Politik mit einem ökonomistisch oder kulturalistisch gefüllten Globalisierungsbegriff zu begreifen, für gewöhnlich angenommen wird. Mir scheint der wesentliche neue Prozess, der damit in Gang gesetzt wird, nicht allein in einer quantitativen oder qualitativen Verstärkung internationaler Asymmetrien zu liegen, die sich durch den »Sieg« des Westens ergeben hätten – und nichts anderes ist in den meisten Fällen gemeint, wenn Begriffe wie »Globalisierung« und »Neoliberalismus« mit politischer Betonung in Debatten eingeführt werden, oftmals verbunden mit der expliziten Betonung des Souveränitätsprinzips, das durch diese Entwicklungen unterlaufen werde.

Diese Behauptung ist kurzsichtig. Was wir beobachten können ist keinesfalls ein Unterlaufen oder Aufweichen dieses Souveränitätsprinzips. Vielmehr scheint es hier um eine Neukonfiguration der Rationalitäten des internationalen Systems zu gehen, in der die Verhandelbarkeit und Relativität der Souveränität ein Charakteristikum sind – aber keineswegs deren Ursache. Es ist keinesfalls als reine Provokation misszuverstehen, wenn Francis Fukuyama 1989 das Ende der Geschichte mit der Bemerkung einläuten kann, die Idee des westlichen Liberalismus habe endgültig triumphiert: »The triumph of the West, of the Western idea, is evident first of all in the total exhaustion of viable systematic alternatives to Western liberalism« (Fukuyama 1989). Fukuyama ist letztendlich nur einer derjenigen Apologeten, die den Drang zur globalen Normalisierung im Sinne des Liberalismus behaupten wollen.

Die Kurzsichtigkeit von Fukuyamas Argument liegt also keinesfalls in der ihm oft vorgeworfenen Präpotenz – dieser Vorhalt mag stimmen oder nicht, er ist letztendlich unerheblich. Seine Kurzsichtigkeit liegt eher darin, nicht nur ignoriert zu haben, dass sich die Idee des globalen Liberalismus und die Idee einer globalen Normalisierung, die er unter dem Begriff »*post-historical*« zusammenfasst und die ihm – was gegen den Ignoranz-Vorhalt spricht – alles andere als zusagt, ausschließen. Es kann also eine post-historische Epoche des Liberalismus gar nicht geben. Es ist die Vorstellung einer Möglichkeit, dass die Welt gleichzeitig geteilt sein könnte »between a part that was historical and a part that was

post-historical« (ebd.), die die eigentliche Paradoxie seiner These ausmacht.³³

Die in dieser Behauptung liegende Fiktionalität ist also nicht so sehr der Annahme einer Existenz von Räumen geschuldet, in denen eine liberale Ordnung hegemonial ist und die mithin als »post-historisch« gelten könnten. Sie liegt in der Annahme einer wie auch immer gearteten Koexistenz. Die Intention, und erst mit ihr bekommt Fukuyamas Argument Gewicht, besteht darin, dass eben jene nicht normalisierten Räume zu Ausnahmen werden, zu Ausnahmen einer Norm, die nach den Rationalitäten der Zentren zurechtgezimmert wird.

Giorgio Agamben hat in seiner reflektierten Weiterführung der Theorien Carl Schmitts auf die Bedeutung der Konstruktion von Ausnahmefällen für das gegenwärtige Paradigma des Regierens, speziell auf internationaler Ebene, hingewiesen. Denn Ausnahmefälle begründen einen Ausnahmezustand: »Angesichts der unaufhaltsamen Steigerung dessen, was als ›weltweiter Bürgerkrieg‹ bestimmt worden ist, erweist sich der Ausnahmezustand in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens« (Agamben 2004: 9).

Der Ausnahmezustand definiert ein spezifisches Feld politischen Handelns, das erst erlaubt, das lange dominante Souveränitätsprinzip neu zu verhandeln. Indem es sich gleichzeitig innerhalb wie außerhalb der Rechtsordnung bewegt, ermöglicht es neue Grenzziehungen. »Der Ausnahmezustand ist kein Sonderrecht (wie das Kriegsrecht), sondern er bestimmt, indem er die Rechtsordnung suspendiert, deren Schwelle oder Grenzbegriff« (ebd.: 11). Ein solcher Ausnahmezustand nimmt auf internationaler Ebene einen spezifischen Charakter an, von dem das Unterlaufen des im Falle konkreter Interventionsdrohungen von der UNO garantierten Souveränitätsprinzips nur eine von zahlreichen Erscheinungen ist.

»The zone of exception within a planetary order exists within the politico-juridical lacunae created by defending the territorial integrity of the underdeveloped or authoritarian state while making sovereignty over the life within it negotiable and contingent. Such a conditional sovereignty can be used to either promote life through technologies of sustainable development and human security, or it can allow death when these security technologies break down and mass society comes under threat from unsecured global circulation« (Duffield 2006).

33 Fukuyamas These ist eine Fortschreibung jenes imperialistischen Denkens, das in vergleichbarer Weise eine prähistorische Epoche konstruierte. Eric Wolf hat sich in »*Europe and the People Without History*« (1997) detailliert mit dieser Frage auseinandergesetzt.

Erst auf dieser Grundlage wird zivile Intervention in der Form, wie wir sie heute erleben, überhaupt möglich. Sie definiert zugleich den grundlegend neuen Charakter, der die Verbindung zwischen Entwicklungsdispositiv und Sicherheitsdispositiv derzeit annimmt. Dies ist ein ausgesprochen produktiver Prozess: »The problematic of security is shifting from that of securing the economic and social processes external to the state, and the forms of ›natural liberty‹ on which they depend, to one of constructing centres of agency and activity, of making them durable, and of implanting continuous relations of authority« (Dean 1999: 173). Entwicklungspolitik ist eine der Ebenen, auf der sich diese Herausbildung derzeit hauptsächlich abspielt.

Mark Duffield (2005a) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich Entwicklung in ihrer Einwirkung grundsätzlich von Mechanismen in den Zentren selbst unterscheidet: »Unlike the modes of intervention associated with mass society, development represents a biopolitics of population understood to be self-reliant in terms of its basic economic and welfare needs. The security function of such a biopolitics is that of bettering self-reliance in the interests of defending international society: it is the art of getting savages to fight barbarians.«

Der an dieser Stelle von Duffield angeführte Diskurs um Zivilisation, Wildheit und Barbarei ist eine aussagekräftige Metapher. Er kann gewissermaßen als eine der Nahtstellen in der Verbindung der Dispositive von Entwicklung und Sicherheit verstanden werden. Während sich die Figur des Wilden durch seine nicht-territoriale Verankerung und seine ökonomische Primitivität – er hat es über den Tauschhandel nicht hinausgebracht – gekennzeichnet ist und damit seine Erlösung durch Zivilisation möglich wird, er aber auch ohne sie denkbar ist, ist der Barbar nichts anderes als eine simple zivilisatorische Antithese: »Ein Barbar ist ohne einen zivilisatorischen Bezugspunkt, zu dem er in ein Verhältnis des Außerhalb tritt und gegen den er ankämpfen wird, nicht denkbar. Ein zivilisatorischer Bezugspunkt – den der Barbar verachtet und den er aufsucht –, zu dem er in ein Verhältnis von Feindschaft und fortgesetztem Krieg tritt. Es gibt keinen Barbar ohne eine Zivilisation, die er zu zerstören oder sich einzuverleiben trachtet« (Foucault 1999b: 231f.).

Die Neukonfiguration des Entwicklungsdispositivs spielt gezielt in diesem Trialismus. Während lange Zeit die Befreiung des Wilden von seiner Wildheit durch die Segnungen der Zivilisation das Grundmuster der Erzählung gebildet hatte, kommt jetzt die Figur des Barbaren zu neuer Prominenz. Entwicklung soll ihre Wirkung dahingehend entfalten, das Barbarische zu unterlaufen und zu verdrängen, die Voraussetzungen für sein Aussterben zugunsten der Zivilisation zu schaffen – und sei es, in dem die Wilden dafür instrumentalisiert werden.

Der vierte und letzte Punkt, den Mitchell Dean beleuchtet, betrifft die Gouvernentalisierung des Staates. Die sich darin entwickelnde Staatsräson, die der gouvernementalen Vernunft entspringt, bricht mit den Vorstellungen von Monarchien, Reichen oder älteren Konzepten von Staatlichkeit. Dieser spezielle Charakter wird oftmals verkannt, da sich Untersuchungen im Kontext von Staatlichkeit zumeist auf seinen institutionellen Aspekt konzentrieren – ebenso wie auch Ansätze des aktiven State-Building. Insofern bezeichnet Foucault die Frage des Staates als überbewertet, was auch in seiner eigenen Logik liege: »Alles in allem ist der Staat vielleicht nur eine bunt zusammengewürfelte Wirklichkeit, eine mythifizierte Abstraktion, deren Bedeutung viel beschränkter ist als man glaubt. [...] Das, was es für unsere Modernität [...] an Wichtigem gibt, ist also nicht die Verstaatlichung der Gesellschaft, sondern das, was ich eher die ›Gouvernentalisierung‹ des Staates nennen würde« (Foucault 2004a: 163; vgl. dazu auch Migdal 2001: 18f.).

Der Staat ist also eine Art Zielbestimmung, »dasjenige, was am Ende der Rationalisierung der Regierungskunst stehen soll« (ebd.: 416). Natürlich baut die Idee von Staat auf vorhandenen Formen des Regierens auf – institutionell, strukturell, wie auch in der Ausprägung der steuernden Rationalitäten. Der Staat als Zielbestimmung ist keine Reißbrettcreation. Dennoch ist er ohne gouvernementale Rationalität in seinen zeitgenössischen Formen nicht denkbar.

»Ich wollte Ihnen auch zeigen, dass diese gouvernementale ratio, diese gouvernementale Vernunft etwas erscheinen ließ, das zugleich ihr Ursprung als auch ihr Ziel war, ihre Grundlage und ihr Zweck, und dieses Etwas, das zugleich Ursprung und Ziel der gouvernementalen Vernunft ist, ist der Staat. Der Staat, der, wenn Sie so wollen, in gewisser Weise ein Verständnisprinzip und strategisches Schema ist. Um einen anachronistischen Begriff im Verhältnis zu der Epoche zu verwenden, von der ich spreche, könnte man sagen, eine regulative Idee. Der Staat ist die regulative Idee der gouvernementalen Vernunft« (Foucault 2004a: 415).

Die Besonderheit, die den gouvernemental geprägten liberalen Staat von vorherigen Staatsideen unterscheidet, ist vor allem das gesellschaftliche Modell, in dem er operiert. Denn liberale Staatlichkeit funktioniert nur mit einer zivilen Gesellschaft – aber ebenso funktioniert zivile Gesellschaft nur mit liberaler Staatlichkeit. Die Idee einer Zivilgesellschaft war von ihrem Ursprung her eng mit der Idee des Liberalismus und dem Konzept des Individualismus verbunden (vgl. Kaldor 2002).

»The scheme of civil society situates the problem of exercising political power in relation to a natural domain in which power, in the form of spontaneously developed relations of authority and subordination, already exists in an internal, dynamic relation to the play of egoistic and non-egoistic interests. Thus government can be thought of as a function of already existing social and economic relations in the form of relations of authority and subordination« (Burchell 1991: 140).

Die Vorstellung von Zivilgesellschaft als anti-hegemonialer Kraft, wie sie oft in ihrer aktivistischen Interpretation (vgl. Kaldor 2002: 6f.) zu hören ist, entbehrt daher ihrer Grundlage. Zivilgesellschaft ist integraler Bestandteil der liberalen Staatsidee, in der der Staat eben nicht souveränes Institut ist, sondern Resultat des Wirkens von heterogenen, jedoch von der gouvernementalen Vernunft getragenen Kräften. Sie muss gewissermaßen – zumindest in überwiegenden Teilen – zur staatlichen Hegemonie beitragen, was sie im Übrigen auch durch scharfe Kritik tun kann, soweit sie sich innerhalb der gewöhnlich weit gefassten Toleranzgrenze der Prinzipien gouvernementalen Regierens befindet.³⁴ Bewegt sie sich außerhalb dieser Toleranzgrenze, ist sie per definitionem keine zivile Gesellschaft mehr – schon allein, weil sie sich innerhalb kürzester Zeit mit den repressiven Instrumenten von Herrschaft konfrontiert sehen wird.

Diese vier Charakteristika liberaler Gouvernamentalität – Erfindung von neuen gesellschaftlichen Größen wie Bevölkerung, die zum Ziel von Regierungshandeln werden, die ineinander greifenden und komplexen Beziehungen zu anderen Rationalitäten von Regierung, das umfassende Sicherheitsdispositiv und die Gouvernentalisierung des Staates – prägen, wie ich in Ansätzen bereits zu zeigen versucht habe, das Entwicklungsdispositiv.

34 Dieser Rahmen ist als internationales Projekt zu verstehen, der die konkrete Toleranz eines spezifischen Staates – im Sinne »demokratischer Opposition« – sehr wohl überschreiten kann. Dennoch greifen dann oft internationale Mechanismen, sei es auf politischer, sei es auf medialer Ebene (als ein Paradefall sei Aung San Suu Kyi erwähnt, die für die Überschreitung des Toleranzrahmens des Burmesischen Staates sogar den Friedensnobelpreis erhalten hat).

Zur analytischen Strategie einer Dispositivanalyse

Bevor ich mich den empirischen Hauptteilen der Untersuchung zuwende, ist eine Auseinandersetzung mit dem »Wie« der Analyse angezeigt. Denn nicht nur sind – mit wenigen Ausnahmen wie etwa einem Vorschlag von Siegfried Jäger (2001), auf den ich später noch zu sprechen komme – kaum konkrete methodische Vorschläge für die Analyse von Dispositiven vorgelegt worden. Auch jene Arbeiten, die sich auf empirischer Ebene mit konkreten Dispositiven auseinandersetzen – für den Entwicklungsdispositiv sind die Arbeiten von Ferguson (1994) und Escobar (1995) schon zur Sprache gekommen –, zeichnen sich durch äußerst unterschiedliche Zugänge aus. Verallgemeinerbare methodische Implikationen sind aus ihnen nicht abzuleiten.

Hannelore Bublitz sieht dies nicht durch subjektive Nachlässigkeiten bedingt, sondern als Konsequenz der foucaultschen Herangehensweise: »Die spezifischen Problemstellungen hinsichtlich der Operationalisierung ergeben sich aus der Eigentümlichkeit des foucaultschen Denkgebäudes, das weder Theorie – im Sinne eines generalisierbaren Systems, das auf verschiedene Bereiche »angewendet« wird – noch Methode – im Sinne eines Verfahrens, das quasi »von außen« seinen Blick auf einen Gegenstand lenkt – sein will« (Bublitz et al. 1999: 15f.). Die große analytische Heterogenität von Arbeiten, die sich auf jenes »foucaultsche Denkgebäude« berufen, unterstützt ohne Zweifel diese Annahme. Zugleich tritt in diesen Arbeiten oftmals eine spezifische Tendenz zu Tage, die sich aus der von Bublitz skizzierten Problemstellung ergibt: die Frage der Operationalisierung wird umschifft und einfach durch die subjektive Kreativität der Forschenden ersetzt.

Nun meine ich nicht, dass diese Kreativität an sich das Problem darstellen würde – ganz im Gegenteil. Letztendlich ist sie einer der wesentlichen Faktoren, auf denen die Güte qualitativer Forschung gebaut ist. Allerdings sollte sie nicht als Ersatz für die Anwendung reflektierter Prozesse der Datengewinnung und -analyse herhalten, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist eine festgelegte Systematik bei richtiger Anwendung nicht nur kein Gegner einer kreativen Entfaltung im Forschungsprozess, sondern einer ihrer wesentlichen Verbündeten. Sie hilft bei der unvermeidbaren Eingrenzung der zu treffenden Aussagen, trägt also dazu bei, im Hinblick auf das jeweilige Forschungsinteresse bessere Fragen an einen konsequenter eingegrenzten Materialkorpus zu richten. Zweitens ermöglicht die Darlegung einer solchen Systematik einen doppelten Effekt in Bezug auf die Kommunizierbarkeit einer Studie. Zu-

nächst erlaubt sie eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse auch dann, wenn ihre epistemologischen Grundlagen umstritten bleiben.

Zugleich ist die Nachvollziehbarkeit nicht nur in Bezug auf die Ergebnisse von Bedeutung. Sie hilft auch, den Forschungsprozess selbst transparent zu halten, was wiederum aktiv zu der beständigen und meines Erachtens nach entscheidenden Debatte über die Frage der methodischen Gestaltung konstruktivistisch orientierter sozialwissenschaftlicher Forschung beiträgt. Damit soll nun keinesfalls das wohl bekannte Bild einer im Sinne teleologischen Fortschritts voranschreitenden Wissensakkumulation bemüht werden – im Gegenteil. Eine lebendige Debatte ist vielmehr die beste Voraussetzung, die Lebendigkeit analytischer Kreativität vor dem Mief der Kanonisierung zu bewahren.

Wie oben kurz erwähnt, hat Siegfried Jäger (2001) einen methodischen Ansatz zur Analyse von Dispositiven vorgelegt.³⁵ Ausgehend von den foucaultschen Überlegungen schlägt er vor, Dispositiv als Zusammenspiel von diskursiven Praktiken mit »nichtdiskursive[n] Praktiken und sogenannte[n] Sichtbarkeiten/Vergegenständlichungen« zu begreifen (ebd.: 87). In der methodischen Annäherung an diese Aufgabenstellung gewinnt er den »Eindruck, dass die Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Dispositivs mit der mangelnden Bestimmung der Vermittlung von Diskurs (Sagbarem/Gesagten), nicht-diskursiven Praxen (Tätigkeiten) und Sichtbarkeiten (Produkten/Gegenständen) zu tun haben« (ebd.: 95).

Auf den ersten Blick wirkt dieser Eindruck korrekt und gut nachvollziehbar. Näher betrachtet offenbart sich darin allerdings eine Problematik, die sich durch den gesamten methodischen Ansatz von Jäger zieht: die Annahme, ein Dispositiv sei die Summe der drei Teile Diskurs, Praxis, Sichtbarkeit. In der Annäherung an mögliche methodische Vorgangsweisen präzisiert Jäger diese Interpretation: »Ein Dispositiv ist der prozessierende Zusammenhang von Wissen, die in Sprechen/Denken – Tun – Vergegenständlichung eingeschlossen sind. Die Grundfigur des Dispositivs kann man sich als ein Dreieck oder besser: als einen rotierenden und historisch prozessierenden Kreis mit drei zentralen Durchlauf-Punkten bzw. Durchgangsstationen vorstellen« (ebd.: 106).

Sicher ist hier Jägers Versuch erkennbar, sein Dispositiv-Konzept mit einem dynamischen Element auszustatten. Trotzdem vernachlässigt er jene Komponente, die den eigentlich besonderen Charakter eines Dispositivs ausmacht: die Komponente der Strategie. Foucault spricht von

35 Eine englische Version seines Artikels findet sich unter dem Titel »*Discourse and knowledge: theoretical and methodological aspects of a critical discourse and dispositive analysis*« in Wodak und Meyer (2001: 32-62).

einer »dominante[n] strategische[n] Funktion«, die Dispositive auszeichnet, sie hätten »vor allem« die Funktion, dringenden historisch gegebenen Anforderungen nachzukommen (Foucault 2003b: 393). Eine solche strategische Komponente ist für das Konzept des Dispositivs also konstituierend. Es muss sich daher auch im analytischen Zugang wiederfinden, der der Untersuchung von Dispositiven zu Grunde gelegt werden soll.

Der Vorschlag Jägers läuft darauf hinaus, mit einer Kombination verschiedener standardisierter Verfahren jenes Wissen zu rekonstruieren, das sich in »diskursiven Praxen«, »nichtdiskursiven Praxen« und »Sichtbarkeiten/Vergegenständlichungen« materialisiert (Jäger 2001: 108). Zwar sieht er sich explizit zu nicht mehr in der Lage als Anregungen für solche komplexe Analyseprozesse zu geben. Dennoch gestaltet er diese Anregungen eindeutig: »Herzstück [der Analyse] hat dabei die Diskursanalyse zu sein«, die er primär auf Texte bezogen und mit bekannten standardisierten Verfahren abgewickelt sehen will (ebd.: 111).

Dieser Ansatz scheint mir speziell aus zwei Gründen wenig zielführend: Zunächst unterscheidet sich eine Diskursanalyse nach Foucault grundlegend von einem an Texte gebundenen Zugang, wie Glyn Williams (1999: 76) hervorhebt: »What Foucault did do was to show that discourse analysis was much more than linguistic analysis pure and simple in the sense of trying to indicate which sentences might be grammatically possible. Rather, his focus was upon the systems of rules which make the appearance of certain statements rather than others possible in particular settings, at particular historical conjunctures« (vgl. dazu auch Keller 2004: 44). Eine Trennung zwischen textuellem Diskurs und nicht-textueller Praxis, wie sie Jäger trifft, geht also am Konzept des Diskurses, auf das er sich selber bezieht, vorbei.

Zugleich suggeriert Jäger mit seinen Überlegungen (trotz verschiedener Einschränkungen), dass die Entwicklung standardisierter Verfahren zur Analyse von Dispositiven prinzipiell möglich wäre. Eine solche Möglichkeit kann allerdings nur dann behauptet werden, wenn vom strategischen Gehalt des Dispositivs abstrahiert wird. In der Diskussion seiner Analyse der »Formation der Strategien« bei diskursiven Formationen bekennt Foucault (1981: 94ff.) etwa, große Schwierigkeiten insofern gehabt zu haben, als die Schwerpunkte jener spezifischen Formationen immer andere gewesen seien. Es ist anzunehmen, dass auf Dispositive Ähnliches zutrifft – ihre Gestalt ist also zu verschieden, als dass es möglich wäre, sich ihnen mit standardisierten Verfahren zu nähern. Dies trotzdem zu versuchen bedeutet letztlich nichts anderes als ihren strategischen Gehalt zu ignorieren.

Niels Åkerstrøm Andersen (2003) interpretiert diese Frage als ein grundsätzliches Problem, das aus dem Widerspruch zwischen einer ontologisch orientierten überdeterminierten und einer epistemologisch ausgerichteten Herangehensweise resultiert.³⁶ Während die Anwendung von Methoden auf die Frage hinauslaufe, welche Regeln und Prozeduren notwendig wären, um wissenschaftliches Wissen zu produzieren, stelle sich bei einer epistemologisch orientierten Forschung die Frage, wie Wissen gewonnen werden könne, das sich kritisch vom »existing system of meaning« unterscheide (ebd.: XIII; vgl. dazu auch Miller/Fox 2004: 51). Er schlägt daher vor, sich dem Forschungsgegenstand nicht über Methoden zu nähern, da sie einen objektivierbaren Standpunkt des Forschenden suggerieren, sondern über analytische Strategien:

»Analytical strategy does not consist of methodological rules but rather of a strategy that addresses how the epistemologist will construct the observations of others [...] to be the object of his own observations in order to describe the space from which he describes. From an epistemological point of view the perspective constructs both the observer and the observed. Hence analytical strategy as a way to stress the deliberate choice and its implications, and to highlight that this choice could be made differently with different implications in respect of the emerging object« (ebd.).

Åkerstrøm Andersen versucht den Brückenschlag von diesem erkenntnistheoretischen Ausgangspunkt zur Forschungspraxis im Rahmen der von ihm behandelten Ansätze³⁷ über die Identifikation eines Gegensatzpaares, das einer Art analytischem Hauptwiderspruch des jeweiligen Ansatzes gleichkommt. Daraus leitet er Grundfragen ab, die wiederum in spezifisch gegliederte Fragenkomplexe unterteilt werden können. Zugleich ermöglicht diese Zuspitzung auch eine griffige Unterscheidung der unterschiedlichen gewählten Strategien der jeweiligen Autoren. Bei Foucault unterscheidet Åkerstrøm Andersen, ähnlich wie beispielsweise Reiner Keller (2004: 42ff.), zwischen einer auf Regelmäßigkeit/Streuung des Diskurses abzielenden Archäologie, einer nach Kontinuitäten/Diskontinuitäten fragenden Genealogie, und einer auf Subjektivierung/Subjektivität zielenden Analyse der Techniken des Selbst³⁸, wobei diese Analysestrategien nicht als voneinander abgeschlossen und einan-

36 »Whereas ontologically over-determined thinking ontologises the object, epistemology de-ontologises its object« (Åkerstrøm Andersen 2003: XII).

37 Neben jenen von Michel Foucault behandelt Åkerstrøm Andersen die analytischen Strategien von Reinhart Koselleck, Ernesto Laclau und Niklas Luhmann.

38 Die Analyse der Techniken des Selbst hebt Keller (2004) nicht als eigenen analytischen Zugang bei Foucault hervor.

der gegenüberstehend, sondern als komplementäre Nuancen zu verstehen seien. Ihre Stärke liege vor allem darin, dass »these analytical strategies are always defined in relation to a specific research question« (Åkerstrøm Andersen 2003: 2).

Die Dispositivanalyse, die Åkerstrøm Andersen als vierten Zugang unterscheidet, kann demnach nur als eine komplementäre Strategie konzeptualisiert werden, die archäologische, genealogische und selbstanalytische Elemente verbindet und auf eine Problemstellung richtet, die er im Wechselspiel zwischen strategischer Logik und Apparat, der sie hervorbringt und zugleich von ihnen geformt wird, vermutet (ebd.: 29). Zwar erscheint mir diese Zuspitzung, gerade in Hinblick auf die Komplexität und Heterogenität, die Dispositive auszeichnet, als unglücklich (es gäbe ebenso gute Gründe, das Wechselspiel der sich vollziehenden Macht und einer zielgerichteten strategischen Logik als kritischen Punkt zu destillieren). Dies ist allerdings insofern nebensächlich, als unbestritten bleibt, dass die Analyse von Dispositiven primär auf die ihnen inhärenten strategischen Komponenten zu zielen hat. Sie zu erarbeiten bleibt – so oder so – eine Aufgabe der Erarbeitung von Orientierungspunkten, was Deleuze (1992) als Kartographie umschrieben hat.

Die Wahl des Bildes der Kartographie ist dabei doppelt günstig: nicht nur führt es das (immer in der einen oder anderen Form scheiternde) Unterfangen vor Augen, gegebene empirische Komplexitäten vereinfacht darzustellen. Sie betont auch, dass es bei dieser Darstellung tatsächlich nur um Darstellung geht, und *nicht* um Interpretation im Sinne einer Suche nach »Eigentlichem«, »Dahinterliegendem«, um irgendeine Art von Essenz, die das Gesagte über das sprechende Subjekt erklären könnte. Vielmehr geht es bei dieser Darstellung darum, jene spezifischen Regelsysteme zu erkunden, deren Modalitäten das Sprechen und Handeln von Subjekten einrahmen, und die sie positionieren.³⁹

Spätestens an diesem Punkt muss der besondere Charakter der beiden Dispositive, auf die sich die Untersuchung konzentriert, in die Überlegungen miteinbezogen werden. Ich möchte dies im Rahmen der fünf klassischen Phasen des Forschungsprozesses demonstrieren, wie sie etwa Peter Atteslander (2003: 21ff.) vorschlägt, auch wenn ich die Schwerpunkte der Phasen im Vergleich zu seiner Interpretation zum Teil etwas verschiebe. Auch will ich sie in Form von Problemstellungen begreifen – primär, weil sie meinen Erfahrungen nach nicht in getrennten Phasen durchlaufen werden können, sondern sich in mitunter enger

39 »Discursive formations consist of specific configurations of enonciative modalities, which are seen as types of discursive activity, each of which has its own subject positions« (Williams 1999: 87).

Wechselwirkung zueinander bewegen: den Problemstellungen der Frage, der Eingrenzung, der Annäherung, der Analyse und der Darstellung.

(1) Frage. Eine der zentralen Fragestellungen, um die die vorliegende Untersuchung kreist, ist jene nach den sich in den Dispositiven Entwicklung und Sicherheit, im Speziellen im Prozess ihrer Vermengung vollziehenden Rationalitäten des Regierens. Diese Fragestellung setzt einen besonderen Charakter der beiden zu behandelnden Dispositive voraus, der eigentlich – orientieren wir uns am schematischen Ablauf der fünf angesprochenen Phasen im Forschungsprozess – Aussagen trifft, die erst bei einer genaueren Untersuchung der Formationsregeln dieser Dispositive, insbesondere auf Ebene der Strategie, getroffen werden können. Es ist keinesfalls gegeben, dass sich die strategische Komponente eines Dispositivs nach Rationalitäten des Regierens vollziehen muss. Mehr noch: Dieser Charakterzug als Dispositiv des Regierens ist für Entwicklung und Sicherheit auch nur ein Merkmal unter vielen, und es ist keineswegs ein durchgängiges Prinzip (wenngleich auf strategischer Ebene ein dominantes Element).

Im praktischen Ablauf der Untersuchung stand die Entwicklung dieser Fragestellung in einer späten Phase des Forschungsablaufes, keinesfalls bildete sie ihren Beginn. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei der vier Feldforschungen durchlaufen, ein Großteil des Materials nicht nur zusammengetragen, sondern bereits ausgewertet. Erst diese umfangreiche Arbeit und die damit einhergehende Konfrontation mit einer Vielzahl unterschiedlicher Abläufe und Praktiken ermöglichte es mir, zu jener Frage vorzudringen, die mir in Bezug auf das gesamte Projekt als interessanteste erschien: wie diese Vielheit zusammengehalten und im Sinne eines Zwecks in Stellung gebracht werden kann.

Die Fragestellung ist also im Kontext meiner Arbeit Resultat wie Voraussetzung der Untersuchung gleichermaßen; Resultat, da ihre Entwicklung ohne die Arbeit an der Thematik überhaupt nicht möglich gewesen wäre, Voraussetzung, da ohne sie die Analyse der Dispositive in ihrem strategischen Charakter abgerissen und hohl bleiben müsste.

(2) Eingrenzung. Das Problem der Eingrenzung besteht immer im Verhältnis der ausgewählten Blickpunkte, die im Rahmen einer Untersuchung behandelt werden, zum Gesamtkontext, in dem die Untersuchung steht. In der Dispositivanalyse zeigt sich dies insbesondere an zwei Eigenschaften, die Dispositiven eigen sind: Zunächst sind Dispositive, allein schon durch die Tatsache, dass sie sich anhand von spezifischen Streuungsmustern von Aussagen und Praxen (re-)konstruieren, auf definitorischer Ebene nicht klar abzugrenzen. Zugleich bilden sie ein eigen-

tümliches Geflecht, das Definitionen und Eingrenzungen immer zu einer Frage des Blickwinkels werden lässt. So sind beispielsweise Entwicklung und Sicherheit (auch) als Dispositive des Regierens zu verstehen – ebenso ist es legitim, das Prinzip der Regierung selbst als Dispositiv zu konzeptualisieren. Es wäre sogar eine gangbare These, den Prozess der Vermengung von Entwicklung und Sicherheit als strategische Implikationen des Dispositivs Regieren in seinen internationalen Wirkungen zu interpretieren.

Neben dem Problem der definitorischen Begrenzung steht auch die komplexe Wirkungskette, die Dispositive entfalten, einer präzisen Eingrenzung entgegen. Es ist de facto unmöglich, die gesamte Palette an Diskursen, Apparaten, Logiken, Selbsttechniken und Praxen einzufangen, die von Dispositiven generiert werden und die sie zugleich charakterisieren. Daher ist es nur möglich, Ausschnitte, Sketches zu beleuchten, deren systematische Darstellung Eindrücke vermitteln kann.

Wenn ich zu Beginn der Arbeit materielle, institutionelle und regionale Eingrenzungen getroffen habe, die sich aus der Zielsetzung der Untersuchung herleiten, will ich damit also nicht den Eindruck erwecken, eine Teilmenge definiert zu haben, aus deren Analyse sich Aussagen auf ein Gesamtes – wie auch immer das nun definiert sei – rückschließen lassen würden. Vielmehr bedeutet diese Eingrenzung nicht nur eine Eingrenzung des Materialkorpus, sondern auch die Begrenzung des Blickes, der auf die Dispositive gelegt wird. Sie ist also letztendlich die Entscheidung über einen bestimmten Ausschnitt, über den Aussagen getroffen werden sollen.

(3) Annäherung. Entgegen einer systematisch strengen Annäherung, die sich etwa aus dem oben vorgestellten Konzept Siegfried Jägers ergeben und auf einer strikten Trennung (und vorangegangenen Definition) von unter anderem textualen, praktischen, institutionellen Elementen basieren würde, empfiehlt sich auch beim Prozess der Materialgewinnung ein integrierter Zugang. Natürlich hat dies klare, auf definitorischer Ebene liegende Gründe: So sind die verschiedenen Elemente eines Dispositivs zu tief ineinander verstrickt, um eindeutige Abgrenzungen treffen zu können, womit auch eine säuberliche Aufteilung der Materialien, wie sie für eine durchgängige Systematisierung der Datengewinnung notwendig wäre, gar nicht möglich ist.

Dies ist aber nur ein Teil der Begründung, und nach meinen Erfahrungen im Zuge dieser Arbeit der kleinere. Der hauptsächlich relevante Grund, der zu einem (allerdings durch gewisse Rahmengenbungen zu begrenzenden) Pragmatismus nahezu zwingt, liegt in dem, was ich das Prinzip der Unvorhersagbarkeit der Dispositivanalyse nennen würde.

1966 sagt Foucault, befragt nach dem Problem der Auswahl im »Forschungsfeld« Archäologie: »Es darf keine privilegierte Auswahl geben. Man muss alles lesen, alle Institutionen und Praktiken kennen« (Foucault 2001: 644). Wir können davon ausgehen, dass dieser Grundsatz auch auf die Untersuchung von Dispositiven anzuwenden ist. Allerdings gibt es dabei einen entscheidenden Nachteil: angesichts der unerschöpflichen Menge an Material ist er schlichtweg nicht zu verwirklichen.⁴⁰ Eine strikte Trennung zwischen einer Phase der Datengewinnung und einer darauf folgenden Phase der Analyse ist demgemäß unmöglich. Vielmehr weist sich der Weg zu den wesentlichen Problemstellungen erst im Rahmen des parallelen Durchlaufens beider Phasen, und es ist am Beginn der Untersuchung nicht möglich abzuschätzen, welche Richtung dieser Weg letztendlich nehmen wird. Foucaults Forderung nach allumfassender Kenntnis interpretiere ich in diesem Zusammenhang als die Offenheit, sich auf einen solchen Forschungsprozess einzulassen, mit all den Beschränkungen und auch Mühen, die damit einhergehen.

Die Rahmengenügen, von denen ich vorher gesprochen habe, sind also primär Orientierungshilfen in einem schwer fassbaren Feld – haben also nichts mit seiner Begrenzung oder der Identifikation von Teilfeldern zu tun. Einige dieser Rahmengenügen, jene, die standardisierten und erprobten Verfahren sozialwissenschaftlicher Datengewinnung entsprechen, standen bereits vor Beginn der Arbeit fest und wurden auch nicht mehr verändert: zunächst, als eine Art Grundprinzip, die parallele und sich wechselseitig beeinflussende Untersuchung von die strategischen und politischen Leitkonzepte der Geber betreffenden *top-down*- und den auf Ebene der Implementation bei lokalen Projektarbeiter/innen und lokalen Projektpartnern liegenden *bottom-up*-Strömungen.⁴¹ Die Feldforschungen in den Zielregionen erfolgten also gegenüber der Analyse der zentralen Agenturen weder nachgeordnet noch vorgelagert, sondern parallel.⁴²

40 Der Grundsatz des »Alles kennen« ist natürlich auch bei Archäologien im Sinne Foucaults schon allein aus praktischen Gründen (der notwendigen selektiven Beschränktheit des Materials in den Archiven) nicht realisierbar. Offenkundig geht es Foucault hier einerseits um ein idealtypisches Postulat, andererseits aber auch um die Betonung, dass kein Material derart privilegiert behandelt werden kann, dass Rückschlüsse auf andere, weniger privilegierte Materialien gezogen werden.

41 *Top-down* und *bottom-up* sind hier nicht als klar abgrenzbare Kategorien zu verstehen, die objektiv gegeben wären. Sie sind lediglich Tendenzen, mit denen zu arbeiten sich grundsätzlich als praktikabel erwiesen hat.

42 Eine solche Vorgangsweise korrespondiert auch mit einem Zugang, den Foucault der Archäologie zugrunde legt und als »*Forschungsstil*« bezeichnet. Ein solcher Stil sei für ihn deswegen interessant, »weil dabei das

In Bezug auf die Erhebungstechniken standen vor Untersuchungsbeginn drei Vorgangsweisen fest: erstens eine Vollerhebung aller strategisch und programmatisch relevanten Texte der zu untersuchenden Geber, zweitens die Beschränkung der sozial interaktiven Datengewinnung auf semistrukturierte Schlüsselinterviews mit Expert/innen⁴³ und drittens die Durchführung von Feldforschungen, zunächst primär aus dem Grund, um die konkret relevanten Projekte der Geberagenturen in ihrem unmittelbaren Umfeld zu untersuchen.

Angesichts der Tatsache, dass sich die leitenden Forschungsfragen zum Teil erst im Zuge der Untersuchung ergaben, haben sich diese Orientierungen als beschränkt erwiesen. Zunächst wurde sichtbar, dass gerade die diversen Schnittstellen oder, besser formuliert, Übergänge zwischen dem, was ich zuvor als *top-down*- und *bottom-up*-Strömung definiert habe, zu den in Hinblick auf die Herausarbeitung der Regulative der Dispositive vielleicht interessantesten Bereichen gehören. Auf Ebene des Theorie-Praxis-Verhältnisses war dies zu erwarten und auch gut herauszuarbeiten. Allerdings liegt der besondere Spannungsbereich, speziell im Hinblick auf die in den Dispositiven wirkenden Rationalitäten, auf subjektiver Ebene, weil hier die Selbsttechniken, die eine wesentliche Komponente der Wirksamkeit von Dispositiven ausmachen, besonders deutlich zum Tragen kommen.

Eine zweite, allerdings besser behebare Beschränkung meiner ursprünglichen Annahmen lag in der Unterschätzung der historischen Verknüpfungen. Ohne die Verarbeitung speziell der kolonialen Geschichte der Zielregionen muss das Verständnis der heute wirksamen Rationalitäten abgerissen wirken.

Drittens – und das ist der Faktor, der einer Anwendung standardisierter methodischer Verfahren wahrscheinlich am gewichtigsten entgegen-

Problem vermieden werden kann, ob die Theorie der Praxis vorausgegangen ist oder umgekehrt. Ich behandle Praktiken, Institutionen und Theorien auf derselben Ebene nach ihren jeweiligen Isomorphien und suche das gemeinsame Wissen, das sie möglich gemacht hat, die Schicht des konstitutiven historischen Wissens« (Foucault 2001: 645).

- 43 Die Auswahl der Expert/innen konzentrierte sich auf drei Gruppen: Erstens Entscheidungsträger/innen auf politischer (in den jeweiligen Ministerien) wie technischer Ebene (etwa Büroleiter/innen der Agenturen oder der Counterparts), in den Geberländern wie in den Zielregionen; zweitens Personal, das mit der Durchführung der entwicklungspolitischen Maßnahmen, in Konzeption wie Umsetzung betraut ist, sei es auf Ebene der ODA-Agenturen, sei es auf Ebene der Projektpartner. Die dritte Gruppe schließlich bildeten Expert/innen aus dem wissenschaftlichen Feld, in den Geberländern (primär Entwicklungsforscher/innen, um die Ansätze der Geber zu durchleuchten) und in den Zielregionen, um den Prozess der Intervention in einen breiten Kontext einbetten zu können.

gensteht – ist die überragende Bedeutung hervorzuheben, die den in wissenschaftlichen Darlegungen schwer fassbaren Gesamteindrücken zukommt, insbesondere im Rahmen der Feldforschungen in den Zielregionen entwicklungs- und sicherheitspolitischer Interventionen. Ich möchte an dieser Stelle nicht den Mythos »Feld« bemühen, wie er in manchen Ausprägungen der Sozialanthropologie zu finden ist. Ohne Zweifel ist unbestreitbar, dass allein aus einem »*being there*« kein Automatismus einer besonderen Kompetenz folgt. Dennoch ist ebenso unbestreitbar, dass die mit dem Aufenthalt und Reisen im Feld verbundenen Begegnungen und Eindrücke vielleicht sogar mehr Einfluss auf den Charakter einer Arbeit haben als die Absolvierung des eigentlichen Feldforschungsprogramms.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das Problem der Annäherung nicht optimal gelöst werden konnte. Dennoch glaube ich nicht, dass die sich daraus ergebenden Einschränkungen ein schwerwiegendes Problem darstellen. Schließlich geht es in meinem Verständnis qualitativer sozialwissenschaftlicher Forschung nicht um objektivierte Ergebnisse, sondern um die systematische Erarbeitung kritischer Perspektivität.

(4) Analyse. Die Frage nach dem »Wie« der Untersuchung stellt sich auf zweierlei Art. Einerseits gilt es natürlich, ein Gerüst zu konstruieren, das die systematische Bearbeitung der Materialien erlaubt. Andererseits müssen aber auch die Erwartungen an dieses Gerüst abgeklärt werden, es muss die grundsätzliche Frage gestellt werden, was es leisten kann und was nicht. Auf diesen zweiten Punkt möchte ich zunächst kurz eingehen.

Aus dem bisher Gesagten lassen sich jene zwei Rahmenbedingungen, die mir als die wesentlichsten erscheinen, bereits herauslesen. Beide betreffen die Form, mit der uns die Untersuchungsmaterie konfrontiert: erstens ihr Charakter der Zusammensetzung als Häufigkeit in der Streuung von Aussagen im Raum, und zweitens die vielfältige Beschaffenheit (als Diskurse, Praxen, Techniken, Baulichkeiten, Institutionen, Apparate) jener Aussagen selbst. Beide Rahmenbedingungen widersprechen den grundlegenden Anforderungen standardisierter analytischer Verfahren, die nicht nur eine zumindest tendenziell eindeutige Definierbarkeit der Untersuchungsmaterie benötigen, sondern auch eine weitgehende Homogenität des Materials.

Während sich das erste Problem noch mit der inneren Dynamik eines Forschungsprozesses lösen lassen würde⁴⁴, schließt das zweite Problem jede Art der Anwendung von Verfahren zur standardisierten Datenverarbeitung und -vereinfachung aus.⁴⁵ Daraus ergibt sich, dass die Anforderungen an ein analytisches Gerüst prinzipiell beschränkt sein müssen, und auch nur beschränkte Wirksamkeit entfalten können. Mit dem Begriff von Deleuze kann der Prozess der Abbildung dispositiver Regelsysteme wie erwähnt als Kartographie gefasst werden, wobei diese Karte keine Kopie sein dürfe: »Die Karte ist das Gegenteil einer Kopie, weil sie ganz und gar auf ein Experimentieren als Eingriff in die Wirklichkeit orientiert ist. Die Karte reproduziert kein in sich geschlossenes Unbewusstes, sie konstruiert es« (Deleuze/Guattari 1997: 23f.).

So verstanden, verschließt sich der Raum seiner Erfassung. Bei der Erstellung eines analytischen Gerüsts kann es also um nicht mehr gehen als um grobe Orientierungshilfen im komplexen Raum, vergleichbar einem Kompass und verschiedener dafür geeigneter Anwendungserfahrungen. So gerüstet mag ein Weg durch den Raum in Blick auf jene Zielorientierung gelingen, die vorgegeben ist, aber weder wird dieser Weg der einzig mögliche sein, noch wird er uns einen umfassenden Blick auf den Raum gewährleisten können. Wir bewegen uns also gewissermaßen in einem Extrem sozialwissenschaftlicher Forschung, denn die größte Schwäche der analytischen Strategie ist ihre starke Abhängigkeit vom forschenden Subjekt. Genau darin liegt vielleicht aber auch ihre größte Stärke.

Wie lässt sich nun ein derartiges Gerüst gestalten? Ähnlich wie Åkerström Andersen möchte ich vorschlagen, die Analyse von Dispositiven als komplementären Prozess unterschiedlicher analytischer Stränge zu fassen. Allerdings verstehe ich diese Stränge – im Unterschied zu Åkerström Andersen – als Elemente einer analytischen Strategie, und interpretiere sie zudem formal nicht gleichartig. Ich möchte vorschlagen, zwischen vier derartigen Elementen zu unterscheiden: die archäologische Strategie, der genealogische Blick, die Frage nach den Techniken und das strategische Prinzip.

44 Die von mir anfangs eingeführten Definitionen der Untersuchungsmaterie sind ein Beispiel für einen diesem Problem entsprechenden pragmatischen Lösungsversuch.

45 Hier handelt es sich augenscheinlich nur um eine Begründung der »technischen« Unmöglichkeit. Die methodologischen Aspekte, die eine Anwendung jeder Art von Vereinfachungsverfahren bei der Analyse von Dispositiven (oder auch Diskursen) verbietet, ergibt sich aus ihrer rhizomatischen Form. »[E]in Rhizom lässt sich keinem strukturalen oder generativen Modell zuordnen. Jede Vorstellung einer genetischen Achse oder Tiefenstruktur ist ihm fremd« (Deleuze/Guattari 1997: 23).

(a) Die archäologische Strategie beruht auf der Idee, jene vier Fragenkomplexe, die Foucault (1981: 48ff.) für die Untersuchung der Formationsregeln⁴⁶ von diskursiven Formationen vorschlägt, auf Dispositive umzulegen. Die Möglichkeit für eine derartige Umlegung sehe ich insofern gegeben, als es gute Gründe gibt, jene Hypothesen, die Foucault zur Gestalt diskursiver Formationen annimmt (ebd.: 49ff.) ebenso auf Dispositive anzuwenden. Denn letztendlich ist auch das Dispositiv als »eine Gesamtheit« zu verstehen, die von »in ihrer Form verschiedenen, in der Zeit verstreuten Aussagen« gebildet wird, »wenn sie sich auf ein und dasselbe Objekt beziehen« (ebd.: 49).⁴⁷

Ich bezeichne die Archäologie insofern als Strategie, als sie jene Fragelinien vereint, die sich durch den gesamten Ansatz der Dispositivanalyse durchziehen: die Fragen nach dem Gegenstand, nach den Modalitäten, nach den Begriffen und nach den Strategien. Zu den ersten drei Fragelinien hat Åkerström Andersen (2003: 14f.) konkrete Vorgangsweisen ausgearbeitet, die Foucaults Überlegungen spezifizieren. So richtet sich das Problem der Formation der Gegenstände auf die Häufigkeiten und Verteilungen von Aussagen, die die Abgrenzung des Objekts erst möglich machen, sowie nach den grundsätzlichen Regeln ihres Auftretens und ihren Beziehungen und Hierarchien untereinander. Die Formation der Modalitäten von Äußerungen (Åkerström Andersen bezeichnet diese Ebene als Formation des Subjekts) richtet sich nach der Subjektposition, und darin – insbesondere für unseren Fall relevant – nach den institutionellen Plätzen, von denen aus gesprochen wird. Die Frage nach der Formation der Begriffe untersucht den Zusammenhang zwischen Aussagen und Konzepten und den Regelsystemen, im Rahmen derer sich dieser Zusammenhang gestaltet.

Die vierte Fragelinie, die der Strategien, hat nun bei der Untersuchung von Dispositiven, die sich ja entscheidend entlang ihres strategischen Charakters definieren, besondere Bedeutung. Es empfiehlt sich daher, Strategie nicht gleich den drei bislang erwähnten Fragelinien zu verstehen, sondern als Prinzip zu definieren, das entlang seiner prakti-

46 »Man wird Formationsregeln die Bedingungen nennen, denen die Elemente dieser Verteilung unterworfen sind (Gegenstände, Äußerungsmodalität, Begriffe, thematische Wahl)« (Foucault 1981: 58).

47 Diese sehr allgemein gehaltene Hypothese zu den diskursiven Formationen, die Foucault im expliziten Zusammenhang mit der Archäologie trifft, ist auch der Hauptgrund dafür, warum ich nicht der Meinung bin, dass bei Foucaults Arbeitsweisen im Laufe der Zeit von unterschiedlichen analytischen Strategien ausgegangen werden kann, die distinkt zu unterscheiden wären. Eine Interpretation der Entwicklung der Foucaultschen Arbeitsweisen im Sinne zunehmender Differenzierung und Akzentuierung erscheint mir stimmiger.

schen Konsequenzen als viertes Element neben Archäologie, Genealogie und der Technikenfrage in allen analytischen Prozessen zu beachten ist.

(b) Ich bezeichne Genealogie⁴⁸ insofern als Blick, da sie sich weniger durch speziell zu stellende Fragestellungen auszeichnet denn durch eine spezifische historische Herangehensweise: »Genealogy is a history of the present designed to outline the historical conflicts and strategies of control by which knowledge and discourses are constituted and operate, and to use these descriptions as a counter-memory« (Åkerström Andersen 2003: 19).

Es handelt sich hier um eine besondere Form der Geschichtsschreibung, in doppeltem Sinne: gebrochen und destruktiv. Genealogie ist gebrochene Geschichte, weil sie sich nicht in der Suche nach mythenstiftenden Kontinuitäten ergeht, sondern die Frage nach den Brüchen, den Diskontinuitäten⁴⁹, den Besonderheiten in den Mittelpunkt stellt. Dies bedeutet konsequenter Weise natürlich auch das Ende der Möglichkeit von globaler oder nationaler Geschichtsschreibung, womit sich der Übergang zum destruktiven, verräterischen, oder aber auch emanzipatorischen Charakter nahezu von selbst ergibt. Denn der Zweck des genealogischen Blickes im Rahmen einer analytischen Strategie erfüllt sich im Drang nach einer dreifachen Zerstörung (vgl. ebd.): der Zerstörung der Realität als jener Art und Weise, wie sich die Gegenwart aus ihrer Geschichte heraus konstruiert; der Zerstörung der Identität als Zerstörung der historischen Motiv- und Mythenbildung; und der Zerstörung von Wahrheit in Opposition zum historischen Prozess der Begründung von Wissen.

Es wird vor diesem Hintergrund deutlicher, warum ich Genealogie nicht als eigene analytische Strategie, sondern als Blick verstehen will. Es geht um eine grundsätzliche Haltung des erkennenden Subjekts zum Gegenstand seiner oder ihrer Forschung. Diese Haltung, gekennzeichnet durch den Mut zum Bruch und dem Willen zur Destruktion, ist allerdings, wie oben erwähnt, kein Selbstzweck. Es ist eine notwendige Operation, um Raum für jene Formen von Wissen freizulegen, die durch das Projekt Geschichtsschreibung verdeckt sind.

(c) Die Frage nach den Techniken hervorzuheben erfüllt primär die Aufgabe der Bewusstmachung. Denn natürlich ist die Frage nach den Praktiken in den Fragelinien enthalten, die die archäologische Analyse auszeichnen. Allerdings ist die Frage nach den Techniken mehr als eine simple Kombination zwischen Theorie und Praxis, Konzept und Maß-

48 Die Verwendung des Begriffes »Genealogie« erfolgt hier strikt in dem von Foucault verwendeten Sinn (vgl. Foucault 2002c).

49 »Die Diskontinuität war jenes Stigma der zeitlichen Verzettlung, die der Historiker aus der Geschichte verbannen musste« (Foucault 1981: 17).

nahme. Vielmehr geht es um jene sich im Rahmen der strategischen Wirkungen eines Dispositivs vollziehenden Prozesse, die die Entstehung jener Theorien und Praxen, Konzepte und Maßnahmen überhaupt erst ermöglichen, indem sie die auf subjektiver Ebene liegenden Bedingungen dafür bereitstellen.

Foucault hat diese Prozesse an ihrem zugespitzten Punkt – den Techniken des Selbst – untersucht, genauso lässt sich die Frage aber auch nach den Techniken des Anderen stellen.⁵⁰ Wie werden Menschen dazu gebracht, gemäß den strategischen Bedürfnissen eines Dispositivs zu handeln, oder aber, wie generiert sich das strategische Bedürfnis eines Dispositivs aus den Handlungen (im formalen Sinne: Äußerungen), die in seinem Rahmen gesetzt werden? Diese Frage etabliert das Feld der Techniken.

(d) Das strategische Prinzip ist konstitutiv für die Existenz von Dispositiven, denn es ist entscheidend für den Prozess der Selektion. Welche Aussagen – Texte, Reden, Maßnahmen, Praxen, Institutionen, Baulichkeiten – getroffen werden können, entscheidet sich nach dem im Dispositiv liegenden strategischen Gehalt. Damit ist die Strategie Ausdruck der zeitlichen und räumlichen Verortung jener Aussagen: »[A Statement] is always strategic in the sense that the statement as reactualisation emerges as one choice among other possible actualisations. Consequently, it cannot easily be displaced in time and space« (Åkerstrøm Andersen 2003: 12). Aus der Streuung der Aussagen die Kriterien jener Auswahlprozesse offen zu legen ist somit die erste Aufgabenstellung, die sich aus dem strategischen Prinzip der Dispositivanalyse ableiten lässt.

Die Selektion der Aussagen und die damit einhergehende strategische Ausgestaltung eines Dispositivs sind nun aber ohne Zweifel Prozesse, die unmittelbar im Rahmen eines gesellschaftlichen Machtgefüges wirken. Sie sind also Modalitäten von Macht, womit es unumgänglich ist, die Analyse von Dispositiven mit einer Machtanalyse zu verknüpfen. Allerdings ist das in zweierlei Hinsicht kein leichtes Unterfangen: Einerseits ist der Zusammenhang von Dispositiven als einen strategischen Zweck erfüllende Konstruktionen und Macht schwierig zu konzeptionalisieren. Eine solche Konzeptionalisierung ist in erster Linie eine Frage

50 Die in der gegenwärtigen Foucault-Rezeption gängige Praxis, die Analyse der Selbsttechniken als besonderes Element herauszuarbeiten, teile ich nur insoweit, als damit keine Abstrahierung von den Techniken des Anderen erfolgt. Dass sich Foucault in seinen späten Arbeiten vor allem mit der Ebene des Selbst auseinandersetzt, interpretiere ich weniger als methodischen Vorschlag denn als Frage des persönlichen Interesses und einer damit einhergehenden Akzentuierung.

der eigenen Orientierung und daraus folgenden Positionierung, denn es stellt das erkennende Subjekt vor die grundsätzliche Frage, ob die »geschichtlichen Kämpfe« oder die »Machtbeziehungen und Machtdispositive« in den Mittelpunkt der Analyse gerückt werden sollen. »Dabei begegnen wir nicht denselben Bedeutungselementen, nicht denselben Verkettungen und auch nicht denselben Arten von Intelligibilität, obwohl sie auf dasselbe geschichtliche Gewebe verweisen und beide Analysen sich aufeinander beziehen müssen« (Foucault 2005b: 293).

Es ist offenkundig, dass sich vorliegende Arbeit im Sinne dieser Unterteilung auf die Untersuchung der Machtdispositive konzentriert und die geschichtlichen Kämpfe als notwendigen Kontext mitanalysiert. Es geht also nicht darum, die Geschichte von Kämpfen zu schreiben, die gegen jene Machtdispositive geführt worden sind oder noch geführt werden, wenngleich sehr wohl sichtbar werden soll, dass diese Machtdispositive (und ohne Zweifel sind Sicherheit und Entwicklung zwei Schlüsselbeispiele dafür) nicht ohne Kämpfe und Widerstandsprozesse zu verstehen sind, auf die sie eben strategische Antworten zu geben hätten. Es war demnach auch naheliegend, dass ich als Fallbeispiel für die Untersuchung eine Region gewählt habe, die durch solche Kämpfe und Widerstandsprozesse charakterisiert ist.⁵¹

Wo aber liegen nun mögliche Ansatzpunkte für eine Analyse? Ich habe zuvor zwischen zwei Wirkungsweisen von Dispositiven unterschieden, jenen erster Ordnung, die unmittelbar der jeweiligen strategischen Intentionalität entsprechen, und jenen zweiter Ordnung, die sich entlang der strategischen Interessen entfalten, obwohl sie sich den expliziten Zielsetzungen der Dispositive verweigern oder sich ihnen gar widersetzen. Diese beiden Arten von Wirkung bilden jene Wirkungskette, die ich als den konkreten Zusammenhang zwischen Machtverhältnis und Dispositiv verstehen würde. Auf sie muss daher das Augenmerk gerichtet werden.

Zugleich bleibt bei einer Klärung dieses Zusammenhangs das Problem, dass die Analyse von Macht selbst eine komplexe Herausforderung darstellt. Ausgehen können wir dabei von der Grundannahme, dass sich

51 Ich möchte diese Formulierungen definitiv nicht als Wertungen verstanden wissen, etwa im Sinne, dass sich solche lokale Kämpfe subjektiv oder selbst objektiv gegen eine herrschende Weltordnung richten würden. Schon gar nicht will ich das Bild eines globalen Kampfes gegen das System bemühen, was im Zusammenhang mit den von mir untersuchten Beispielen ohnehin vollkommen absurd wirken würde. Dennoch sind diese Kampfprozesse Fehlfunktionen in der globalen Machtstruktur, die Foucault (2005: 293) als »Herrschaft« definiert. Folgerichtig benötigt es strategische Antworten, ein Bedürfnis, in dessen Rahmen Dispositive ihre Funktion einnehmen.

Macht in Dispositiven materialisiert, was folgerichtig bedeutet, dass durch die Analyse der Dispositive Elemente der darin wirkenden Machtbeziehungen offen gelegt werden können. Dieser Prozess bleibt dennoch problematisch, denn woher soll klar sein, wonach eigentlich gesucht wird? Oder umgekehrt formuliert, ist nicht eine solche Vorgangsweise dazu verdammt, an den wesentlichen Punkten vorbeizugehen, wenn diese nicht vorher klar gelegt sind?

Diese Fragen sind in der Tat schwierig, denn sie zwingen letztendlich dazu, das zu tun, was – wie ich gerade erwähnt habe – in einer Dispositivanalyse eigentlich nie getan werden sollte: Verhältnisse, Dinge anzunehmen, erfahrungswissenschaftlich und aus den ersten Ergebnissen des Forschungsprozesses, ohne sie streng aus dem gewonnenen empirischen Material abzuleiten. Ohne grundsätzliche Annahmen über internationale Konstellationen heranzuziehen, wie ich es mitunter mit Rückgriffen auf das Instrumentarium der Weltsystemansätze tue, lässt sich die Gestalt global wirksamer Dispositive, die im Rahmen dessen wirken, was Foucault als Herrschaft definiert hat, schwerlich untersuchen.

Welche Komponenten sind für eine solche Analyse der Machtbeziehungen, die vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Annahmen im Rahmen der Dispositivanalyse erfolgen soll, nun wesentlich? In einer 1982 gehaltenen Vorlesung, die die Frage des Zusammenhangs zwischen Subjekt und Macht diskutiert, benennt Michel Foucault (2005b: 289f.) fünf konkrete Punkte, die er als notwendiger Weise zu klären ansieht: Neben dem »System der Differenzierungen«, das im Wesentlichen auf die Frage der Verortung von Aussagen zurückgeht, die ich oben diskutiert habe, stehen hier »[d]ie Art der Ziele«, »[d]ie instrumentellen Modalitäten«, »[d]ie Formen der Institutionalisierung« und »[d]er Grad der Rationalisierung«. Wir haben es also im Wesentlichen mit zwei zusätzlichen Feldern zu tun, die in die Analyse mit einbezogen werden müssen: die Frage der Ziele, Leitbilder, Rationalitäten, und jene Prozesse, die Åkerström Andersen unter dem Begriff »Apparatisierung« als den zentralen Problemkontext von Dispositiven zusammengefasst hat und der ein wesentliches Element des strategischen Prinzips ausmacht.

In Dispositiven des Regierens, und als solche habe ich Entwicklung und Sicherheit interpretiert, konkretisiert sich die Suche nach den Zielsetzungen in jenen Rationalitäten, die das in den Dispositiven wirkende Prinzip des Regierens bestimmen – womit deutlich wird, dass ich diese Frage zur eigentlichen Hauptfragestellung der Untersuchung gemacht habe. Angesichts der Tatsache, dass die theoretischen Hintergründe bereits diskutiert wurden, bleibt das konkrete Problem, wie diese sich in den Rationalitäten des Regierens findenden Zielsetzungen nun aus den

archäologischen Arbeiten im Dispositiv herausgearbeitet werden können.

Der Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabenstellung liegt in der konsequenten Umsetzung der Verbindung von archäologischer Strategie und strategischem Prinzip, die sich in zwei konkreten Anforderungen fassen lässt: Das Material in Hinblick auf die Frage der Rationalitäten lesen oder verarbeiten und vergleichen, sowie die Ordnung des Materials an den daraus ableitbaren Zielsetzungen systematisieren. Das mag zwar letztlich nach nicht mehr klingen als einem relativ beliebigen Postulat, ich glaube aber dennoch, dass diesen beiden Anforderungen ein wesentlicher Anteil am Gelingen meines Unterfangens zukommt. Letzten Endes wird das Ergebnis zeigen, ob dieser Grad an Konkretisierung genügt hat oder ob vielleicht doch die Erarbeitung stärker formalisierter Systemiken der Analyse notwendig ist.

Schließlich fehlt noch der schon zuvor erwähnte Vorgang der Apparatisierung/Institutionalisierung, um das strategische Prinzip der Analyse abrunden zu können. Es ist damit nicht nur die Frage nach konkreten Instrumenten gemeint, auch nicht nur die Frage nach dem Prozess der institutionellen Integration von durch das Dispositiv bestimmten Praktiken, beziehungsweise der Schaffung solcher Institutionen durch eben diese Dispositive.⁵² Solche Fragestellungen würden sich aus der konsequenten Anwendung der archäologischen Analysestrategie ergeben.

Wenn hier also ein spezieller Verweis, eine Bewusstmachung der Einbeziehung der Apparatisierung/Institutionalisierung als Teil des strategischen Charakters der Dispositive erfolgt, hat das den Grund, auf genau diese strategische Funktionalität von Institutionalisierungsprozessen und Apparatisierungen hinzuweisen. Es reicht nicht, zu erkennen, dass sich von Dispositiven getragene Praktiken institutionalisieren – es muss vielmehr das Verhältnis untersucht werden, in dem solche Institutionalisierungsprozesse mit den strategischen Interessen, also den sich in den Rationalitäten des Regierens findenden Zielsetzungen stehen, welche Funktionen sie erfüllen, aber auch, wie sie diesen Zielsetzungen mitunter entgegenlaufen.

Die Verortung der Aussagen, der Machtkontext und die Apparatisierung/Institutionalisierung bilden die drei wesentlichen Komponenten des strategischen Prinzips bei der Analyse. Speziell hier ist es allerdings unabdingbar, den genealogischen Blick streng zu beherrzigen, denn gerade bei der Suche nach Strategien ergibt sich eine speziell für das polito-

⁵² Es ist naheliegend, dass auch Institutionalisierung an sich als Dispositiv verstanden werden kann, auf dessen Praktiken im Rahmen der Dispositive von Entwicklung und Sicherheit immer wieder zurückgegriffen wird.

logische Auge als klassisch zu bezeichnende Falle: die teleologische Versuchung. Der strategische Charakter eines Dispositivs ist nur dann sinnvoll zu bearbeiten, wenn er im Forschungsprozess aus dem Konkreten entwickelt wird.

Nur allzu oft suchen Studien, gerade im Bereich der *Governmentality Studies*, mit foucaultschen Begriffen gerüstet nach Bestätigungen von Unterstellungen, die bereits am Beginn feststehen und an denen nicht mehr gerüttelt wird. Solche Unterstellungen sind gefährlich, denn sie beeinflussen gerade in derart komplexen Konstruktionen wie Dispositiven nicht nur den Prozess der Analyse – sie determinieren faktisch den gesamten Forschungsprozess, der so in die Rolle des Bestätigens vorher angenommenen Wissens gerät. Und Forschende tendieren zumeist dazu, zu finden, was sie suchen. Wenn ich daher zuvor bereits Hypothesen über den Charakter der hier zur Disposition stehenden Dispositive angenommen und der weiteren Arbeit zugrunde gelegt habe ist zu beachten, dass diese nicht am Anfang der Arbeit als solches standen, sondern erst im Laufe der Arbeit entwickelt worden sind. Sie sind damit genauso Resultat wie Ausgangspunkt vorliegender Untersuchung.

(5) Darstellung. Die Darstellung ist insofern verhältnismäßig einfach zu lösen, als es hier im Prinzip nur um einen reproduzierenden Prozess geht: »Sie [die Archäologie] ist nicht mehr und nicht weniger als eine erneute Schreibung: das heißt in der aufrecht erhaltenen Form der Äußerlichkeit eine regulierte Transformation dessen, was bereits geschrieben worden ist« (Foucault 1981: 200). Es geht also um nicht mehr, aber auch nicht weniger als um einen gemäß den vier Elementen der analytischen Strategie regulierten Prozess der erneuten Schreibung.

Wie im Folgenden sichtbar wird, habe ich in der Umsetzung eine klassische Form gewählt: die Aufsplittung nach Akteuren und Schauplätzen. Dies ist nicht nur eine Lösung, die der besseren Übersichtlichkeit entgegenkommt. Sie bezweckt zudem die Veranschaulichung der extremen Heterogenität der Kontexte, die Schauplätze von Entwicklungspolitik und -praxis sind. Dennoch darf eines nicht vergessen werden: es geht bei der Darlegung eines »Länderbeispiels« nicht um Untersuchungen über ein Land und eine Wirkungsanalyse der dort erfolgten und erfolgenden sicherheits- und entwicklungspolitischen Interventionen (auch wenn sich Elemente davon ohne Zweifel wiederfinden lassen). Es geht um die Darstellung der Dispositive im komplexen Kontext ihrer praktischen Ausprägungen, und darin primär um die Rationalitäten, die den Handlungen der untersuchten entwicklungspolitischen Akteure zugrunde liegen.

Die Geschichten, die im empirischen Teil erzählt werden, handeln also weniger von Sri Lanka als von den Wahrnehmungen und Praxen der dort Intervenierenden und den strategischen Wirkungen, die die Dispositive von Entwicklung und Sicherheit im konkreten Prozess ihrer Vermengung lokal entfalten. Aber selbst diese Geschichten werden alles andere als ein einheitliches Bild präsentieren können.

